

NOMOSGESETZE

Brüning | Ewer | Thomsen

Landesrecht Schleswig-Holstein

Textsammlung

32. Auflage



Nomos

NOMOSGESETZE

Landesrecht Schleswig-Holstein

Textsammlung

Herausgegeben von

Prof. Dr. Christoph Brüning,
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel,
Präsident des Schleswig-Holsteinischen
Landesverfassungsgerichts

Prof. Dr. Wolfgang Ewer, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Kiel
Maren Thomsen,
Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen
Oberverwaltungsgerichts

32. Auflage

Stand: 1. September 2025



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-1977-9

32. Auflage 2025

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2025. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Eine Gesetzessammlung gibt Auskunft über den Selbststand, das Selbstbewusstsein und die Besonderheiten des Rechts im jeweiligen Bundesland. Das gilt auch und gerade für Schleswig-Holstein, das seit seiner Gründung immer wieder beachtliche und innovative Legislativakte hervorgebracht hat. Die Neuauflage einer Textsammlung will der Leserschaft eine aktuelle und in der Breite belastbare Auswahl abgedruckter Gesetze und Verordnungen zur Verfügung stellen. Im Folgenden sollen einige der Änderungen schlaglichtartig dargestellt werden:

In der – ohnehin recht modernen – Verfassung des Landes Schleswig-Holstein ist Art. 46, der Ausfertigung, Verkündung und Inkrafttreten von Gesetzen betrifft, um einen Absatz ergänzt worden. Danach wird „das Nähere zur Verkündung und zur Form der Ausfertigung von Gesetzen“ der Regelung durch Gesetz überantwortet (Satz 1). Zudem bestimmt Satz 2, dass „nach Maßgabe des Gesetzes [...] die Verkündung in elektronischer Form vorgenommen werden [soll]“. Umgesetzt worden ist der Regelungsauftrag mit dem Gesetz über die Verkündung von Gesetzen und Rechtsverordnungen und über Bekanntmachungen im Land Schleswig-Holstein vom 26. November 2024.

Im Hinblick auf das Polizei- und Ordnungsrecht ist die Einfügung der §§ 201a, 201c LVwG zum besseren Schutz von Opfern häuslicher Gewalt und bei Nachstellungen durch den Einsatz der elektronischen Aufenthaltsüberwachung hervorzuheben. Für die kommunale Ebene bedeutsam ist die gesetzliche Ermächtigung in den neuen § 34a GO, § 29a KrO, durch Hauptsatzung bestimmen zu können, dass Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter bzw. Kreistagsabgeordnete an Sitzungen der Vertretung ohne Anwesenheit im Sitzungsraum mittels Ton-Bild-Übertragung teilnehmen können; ausgenommen ist die konstituierende Sitzung. Der in Art. 5 des Änderungsgesetzes mit Wirkung zum 1. Januar 2027 eingeräumte Anspruch von Vertreterinnen und Vertretern auf eine Teilnahme durch Ton-Bild-Übertragung war von Anfang an politisch umstritten und soll nun noch vor Inkrafttreten wieder aufgehoben werden (vgl. LT-Drucks. 20/3467 und 20/3499).

Schließlich ist in Bezug auf Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Energiewende darauf hinzuweisen, dass das Energiewende-Klimaschutzgesetz umfassend novelliert worden ist. Näher ausgestaltet worden sind insbesondere die Vorgaben für die kommunale Wärmeplanung (nun Abschnitt 2, §§ 10 ff. EWKG) und die Wärmenetze (jetzt Abschnitt 3, §§ 12 ff. EWKG). Exemplarisch für die umweltrechtlichen Herausforderungen stehen Änderungen im Landeswassergesetz, die zugleich im bundesweiten Vergleich innovativ sind: So kann für Gemeinden die Pflicht begründet werden, ein Wasserversorgungskonzept aufzustellen (§ 41 Abs. 3 LWG). Maßnahmen zum Schutz vor Überflutung und zur Klimafolgenkosten werden für gebührenfähig erklärt (§ 44 Abs. 3 LWG) und die Erstellung und Veröffentlichung von Starkregenkarten wird geregelt (§ 77 LWG). Schließlich ist § 101a GO dergestalt ergänzt worden, dass die gesetzliche Vermutung des öffentlichen Zwecks über die energiewirtschaftliche Betätigung im engeren Sinne hinaus nun auch auf „deren Trassenbau“ erstreckt wird.

Um nicht an die Grenzen der Handhabbarkeit zu stoßen, bleibt eine Textsammlung zwangsläufig lückenhaft. Wir sind aber sicher, dass die vorliegende Zusammenstellung auch in der 32. Auflage eine umfassende Grundlage für die tägliche Arbeit im Studium, Referendariat und Examen genauso wie für die Praxis von Rechtsprechung, Verwaltung und Anwaltschaft bietet. Ermöglicht werden soll mit der Sammlung ein rascher Einblick in die wesentlichen Regelungen des Schleswig-Holsteinischen Landesrechts. Für Hinweise, Anregungen für Ergänzungen und Vorschläge zur Verbesserung in der nächsten Auflage, sind wir dankbar.

Kiel, im September 2025

Christoph Brüning
Wolfgang Ewer
Maren Thomsen

Inhalt

I. Staat und Verfassung

10	Verfassung	SHVerf	11
11	Landeswahlgesetz	LWahlG	27
12	Volksabstimmungsgesetz	VAbstG	46
13	Untersuchungsausschußgesetz	UntAG	54
14	Abgeordnetengesetz	SH AbgG	63
15	Fraktionsgesetz	FraktionsG	84
16	Landesministergesetz	LMinG	88
17	Landeshaushaltsordnung	LHO	94
18	Friesisch-Gesetz	FriesischG	123

II. Verwaltung und öffentliche Sicherheit

20	Landesverwaltungsgesetz	LVwG	125
20a	Landesverordnung über die Zuständigkeit für Widerspruchsbescheide	WiBeZustVO	248
20b	Bekanntmachungsverordnung	BekanntVO	249
21	Vollzugs- und Vollstreckungskostenverordnung	VVKVO	252
22	Verwaltungskostengesetz	VwKostG	261
23	Landesbeamtengesetz	LBG	268
24	Mitbestimmungsgesetz	MBG Schl.-H.	317
25	Psychisch-Hilfebedürftige-Gesetz	PsychHG	351
26	Versammlungsfreiheitsgesetz	VersFG SH	367
27	Polizeiorganisationsgesetz	POG	376

III. Kommunalrecht

30	Gemeindeordnung	GO	381
30a	Landesverordnung zur Durchführung der Gemeinde-, der Kreis- und der Amtsordnung	GKAVO	437
30b	Landesverordnung über Kommunalunternehmen als Anstalt des öffentlichen Rechts	KUVO	444
31	Amtsordnung	AO	451
32	Kreisordnung	KrO	467
33	Gesetz über die Errichtung allgemeiner unterer Landesbehörden	ULBErrG	493
34	Gemeinde- und Kreiswahlgesetz	GKWG	495
35	Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit	GkZ	515
36	Kommunalabgabengesetz	KAG	527
37	Eigenbetriebsverordnung	SHEigVO	539

IV. Umweltschutz

40	Landes-UVP-Gesetz	LUVPG	546
41	Landes-Immissionsschutzgesetz	LImSchG	552
42	Landesabfallwirtschaftsgesetz	LABfWG	554
43	Landesbodenschutz- und Altlastengesetz	LBodSchG	561
44	Landeswassergesetz	LWG	566
45	Landesfischereigesetz	LFischG	621
46	Landesnaturschutzgesetz	LNatSchG	640
47	Landeswaldgesetz	LWaldG	684
48	Energiewende- und Klimaschutzgesetz Schleswig-Holstein	EWKG	700

V. Planungs-, Bau- und Verkehrswesen

51	Landesplanungsgesetz	LaplaG	722
52	Landesbauordnung	LBO	732
53	Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs	AGBauGB	786
54	Straßen- und Wegegesetz	StrWG	787
55	Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum	EnteignG	813
56	Denkmalschutzgesetz	DSchG	825
57	Nachbarrechtsgesetz	NachbG Schl.-H.	835
58	Straßenverkehrsrechts-Zuständigkeitsverordnung	StrVRZustVO	846

VI. Bildung, Wissenschaft und Kultur

60	Schulgesetz	SchulG	853
61	Hochschulgesetz	HSG	922
62	Juristenausbildungsgesetz	JAG	992
63	Juristenausbildungsverordnung	JAVO	998
64	Übereinkunft der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein über ein Gemeinsames Prüfungsamt und die Prüfungsordnung für die zweite Staatsprüfung für Juristen	JPrüfÜb	1021
65	Verordnung über eine Noten- und Punkteskala für die erste und zweite juristische Prüfung	JurStPrNotV	1029

VII. Rechtspflege

70	Landesjustizgesetz	LJG	1030
71	Landesschlichtungsgesetz	LSchliG	1053
72	Landesverfassungsgerichtsgesetz	LVerfGG	1057
73	IT-Justizgesetz	ITJG	1070

VIII. Datenschutz und Medien

80	Landesdatenschutzgesetz	LDSG	1074
81	Informationszugangsgesetz	IZG-SH	1104
82	Landespressegesetz	LPrG	1112

IX. Wirtschaft

90	Sonn- und Feiertagsgesetz	SFTG	1117
91	Gaststättenverordnung	GastVO	1119
92	Ladenöffnungszeitengesetz	LÖffZG	1121
93	Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens	SHPSchG	1125
94	Mittelstandsförderungsgesetz	MFG	1127
95	Vergabegesetz	VGSH	1131
96	Gesetz über die Zusammenarbeit zwischen Trägern der öffentlichen Verwaltung und Privaten	ÖffPrivZusG	1134
97	Vergabeverordnung	SHVgVO	1137
98	GWB-Ausführungsverordnung	GWBAVO	1140

X. Zivilrecht

100	Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch	AGBGB	1141
101	Stiftungsgesetz	StiftG	1145
	Register		1153

Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

In der Fassung vom 2. Dezember 2014¹⁾ (GVOBl. Schl.-H. S. 344, ber. 2015 S. 41)
(GS Schl.-H. II, Gl.Nr. 100-1)

zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndG zur Verfassung vom 22. Oktober 2024 (GVOBl. Schl.-H. S. 749)

Nichtamtliche Inhaltsübersicht

Abschnitt I

Land und Volk

- Artikel 1 Bundesland Schleswig-Holstein
- Artikel 2 Demokratie, Funktionentrennung
- Artikel 3 Geltung der Grundrechte
- Artikel 4 Wahlen und Abstimmungen
- Artikel 5 Kandidatur
- Artikel 6 Nationale Minderheiten und Volksgruppen
- Artikel 7 Inklusion
- Artikel 8 Schutz und Förderung pflegebedürftiger Menschen
- Artikel 9 Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern
- Artikel 10 Schutz von Kindern und Jugendlichen
- Artikel 11 Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens
- Artikel 12 Schulwesen
- Artikel 13 Schutz und Förderung der Kultur
- Artikel 14 Digitale Basisdienste, Zugang zu Behörden und Gerichten
- Artikel 15 Digitale Privatsphäre

Abschnitt II

Der Landtag

- Artikel 16 Funktion und Zusammensetzung des Landtages
- Artikel 17 Stellung der Abgeordneten
- Artikel 18 Parlamentarische Opposition
- Artikel 19 Wahlperiode, Zusammentritt des Landtages
- Artikel 20 Landtagspräsidentin oder Landtagspräsident, Ältestenrat, Geschäftsordnung
- Artikel 21 Öffentlichkeit, Berichterstattung
- Artikel 22 Beschlussfassung, Wahlen
- Artikel 22a Notaausschuss
- Artikel 23 Ausschüsse
- Artikel 24 Untersuchungsausschüsse
- Artikel 25 Petitionsausschuss
- Artikel 26 Parlamentarischer Einigungsausschuss
- Artikel 27 Anwesenheitspflicht und Zutrittsrecht der Landesregierung
- Artikel 28 Informationspflichten der Landesregierung gegenüber dem Landtag

- Artikel 29 Frage- und Auskunftsrecht der Abgeordneten, Aktenvorlage durch die Landesregierung
- Artikel 30 Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht auf Verlangen des Landtages
- Artikel 31 Indemnität, Immunität, Zeugnisverweigerungsrecht
- Artikel 32 Untersuchung und Beschlagnahme im Landtagsgebäude

Abschnitt III

Die Landesregierung

- Artikel 33 Zusammensetzung, Wahl und Berufung
- Artikel 34 Ende der Amtszeit, Rücktritt
- Artikel 35 Amtseid
- Artikel 36 Richtlinienkompetenz, Ressortverantwortlichkeit, Geschäftsordnung
- Artikel 37 Vertretung des Landes, Staatsverträge
- Artikel 38 Öffentlicher Dienst
- Artikel 39 Begnadigung, Amnestie
- Artikel 40 Amts- und Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung
- Artikel 41 Inkompatibilität
- Artikel 42 Konstruktives Misstrauensvotum
- Artikel 43 Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode durch die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten

Abschnitt IV

Die Gesetzgebung

- Artikel 44 Gesetzgebungsverfahren
- Artikel 45 Rechtsverordnungen
- Artikel 46 Ausfertigung und Verkündung, Inkrafttreten
- Artikel 47 Verfassungsändernde Gesetze

Abschnitt V

Initiativen aus dem Volk, Volksbegehren und Volksentscheid

- Artikel 48 Initiativen aus dem Volk
- Artikel 49 Volksbegehren und Volksentscheid

Abschnitt VI

Die Rechtsprechung

- Artikel 50 Gerichte, Richterinnen und Richter
- Artikel 51 Landesverfassungsgericht

1) Neubekanntmachung der Verfassung idF v. 13.5.2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 223) in der ab 11.12.2014 geltenden Fassung.

Abschnitt VII

Die Verwaltung

Artikel 52	Gesetzesvorrang, Verwaltungsorganisation
Artikel 53	Transparenz
Artikel 54	Kommunale Selbstverwaltung
Artikel 55	Kommunale Haushaltswirtschaft
Artikel 56	Abgabenhöhe
Artikel 57	Kommunaler Finanzausgleich

Abschnitt VIII

Das Haushaltswesen

Artikel 58	Landeshaushalt
Artikel 59	Haushaltswirtschaft bis zur Feststellung des Landeshaushalts
Artikel 60	Überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben
Artikel 61	Kredite, Sicherheits- und Gewährleistungen

Artikel 62	Deckungsnachweispflicht
Artikel 63	Rechnungslegung, Entlastung der Landesregierung
Artikel 64	Überwachung der Haushalts- und Wirtschaftsführung durch den Landesrechnungshof
Artikel 65	Landesrechnungshof

Abschnitt IX

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 66	Geltungsbereich
Artikel 67	Übergangsvorschrift
Artikel 68	Erste Mitgliederwahl zum Landesverfassungsgericht
Artikel 69	Elektronischer Zugang zu Gerichten
Artikel 70	Inkrafttreten, Geltungsdauer

Präambel

Der Landtag hat in Vertretung der schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger auf der Grundlage der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Fundament jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit, in dem Willen, Demokratie, Freiheit, Toleranz und Solidarität auf Dauer zu sichern und weiter zu stärken, im Bewusstsein der eigenen Geschichte, bestrebt durch nachhaltiges Handeln die Interessen gegenwärtiger wie künftiger Generationen zu schützen, in dem Willen, die kulturelle und sprachliche Vielfalt in unserem Land zu bewahren, und in dem Bestreben, die Zusammenarbeit der norddeutschen Länder sowie die grenzüberschreitende Partnerschaft der Regionen an Nord- und Ostsee und im vereinten Europa zu vertiefen, diese Verfassung beschlossen:

Abschnitt I

Land und Volk

Artikel 1 Bundesland Schleswig-Holstein

Das Land Schleswig-Holstein ist ein Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 2 Demokratie, Funktionentrennung

(1) Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus.

(2) ¹Das Volk bekundet seinen Willen durch Wahlen und Abstimmungen. ²Es handelt durch seine gewählten Vertretungen im Lande, in den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie durch Abstimmungen.

(3) Die Verwaltung wird durch die gesetzmäßig bestellten Organe, die Rechtsprechung durch unabhängige Gerichte ausgeübt.

Artikel 3 Geltung der Grundrechte

Die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte sind Bestandteil dieser Verfassung und unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 4 Wahlen und Abstimmungen

(1) Die Wahlen zu den Volksvertretungen im Lande, in den Gemeinden und Gemeindeverbänden und die Abstimmungen sind allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim.

(2) Die Wahlen und Abstimmungen finden an einem Sonntag oder öffentlichen Ruhetag statt.

(3) ¹Die Wahlprüfung und die Abstimmungsprüfung stehen den Volksvertretungen jeweils für ihr Wahlgebiet zu. ²Ihre Entscheidungen unterliegen der gerichtlichen Nachprüfung.

(4) Das Nähere regelt ein Gesetz.¹⁾

1) Siehe das LandeswahlG.

Artikel 5 Kandidatur

¹Wer sich um einen Sitz in einer Volksvertretung bewirbt, hat Anspruch auf den zur Vorbereitung seiner Wahl erforderlichen Urlaub. ²Niemand darf gehindert werden, das Abgeordnetenamt zu übernehmen und auszuüben. ³Eine Kündigung oder Entlassung aus diesem Grunde ist unzulässig.

Artikel 6 Nationale Minderheiten und Volksgruppen

(1) Das Bekenntnis zu einer nationalen Minderheit ist frei; es entbindet nicht von den allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten.

(2) ¹Die kulturelle Eigenständigkeit und die politische Mitwirkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen stehen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände. ²Die nationale dänische Minderheit, die Minderheit der deutschen Sinti und Roma und die friesische Volksgruppe haben Anspruch auf Schutz und Förderung.

Artikel 7 Inklusion

Das Land setzt sich für die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung und ihre gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe ein.

Artikel 8 Schutz und Förderung pflegebedürftiger Menschen

Das Land schützt die Rechte und Interessen pflegebedürftiger Menschen und fördert eine Versorgung, die allen Pflegebedürftigen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Artikel 9 Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern

¹Die Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist Aufgabe des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung. ²Insbesondere ist darauf hinzuwirken, dass Frauen und Männer in kollegialen öffentlich-rechtlichen Beschluss- und Beratungsorganen zu gleichen Anteilen vertreten sind.

Artikel 10 Schutz von Kindern und Jugendlichen

(1) Kinder und Jugendliche stehen unter dem besonderen Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung.

(2) Bei der Schaffung und Erhaltung kindgerechter Lebensverhältnisse ist dem besonderen Schutz von Kindern und ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen Rechnung zu tragen.

(3) ¹Kinder und Jugendliche sind Träger von Rechten. ²Sie haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung, auf Bildung, auf soziale Sicherheit und auf die Förderung ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten.

Artikel 11 Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens

Die natürlichen Grundlagen des Lebens sowie die Tiere stehen unter dem besonderen Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der anderen Träger der öffentlichen Verwaltung.

Artikel 12 Schulwesen

(1) Es besteht allgemeine Schulpflicht.

(2) Für die Aufnahme in die weiterführenden Schulen sind außer dem Wunsch der Erziehungsberechtigten nur Begabung und Leistung maßgebend.

(3) Die öffentlichen Schulen fassen die Schülerinnen und Schüler ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Weltanschauung zusammen.

(4) Die Erziehungsberechtigten entscheiden, ob ihre Kinder die Schule einer nationalen Minderheit besuchen sollen.

(5) ¹Schulen der nationalen dänischen Minderheit gewährleisten für deren Angehörige Schulunterricht im Rahmen der Gesetze. ²Ihre Finanzierung durch das Land erfolgt in einer der Finanzierung der öffentlichen Schulen entsprechenden Höhe.

(6) Das Land schützt und fördert die Erteilung von Friesischunterricht und Niederdeutschunterricht in öffentlichen Schulen.

(7) Das Nähere regelt ein Gesetz.¹⁾

Artikel 13 Schutz und Förderung der Kultur

(1) Das Land schützt und fördert Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre.

1) Siehe das SchulG.

(2) Das Land schützt und fördert die Pflege der niederdeutschen Sprache.

(3) Die Förderung der Kultur einschließlich des Sports, der Erwachsenenbildung, des Büchereiwesens und der Volkshochschulen ist Aufgabe des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Artikel 14 Digitale Basisdienste, Zugang zu Behörden und Gerichten

(1) Das Land gewährleistet im Rahmen seiner Kompetenzen den Aufbau, die Weiterentwicklung und den Schutz digitaler Basisdienste sowie die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an diesen.

(2) ¹Das Land sichert im Rahmen seiner Kompetenzen einen persönlichen, schriftlichen und elektronischen Zugang zu seinen Behörden und Gerichten. ²Niemand darf wegen der Art des Zugangs benachteiligt werden.

Artikel 15 Digitale Privatsphäre

Das Land gewährleistet im Rahmen seiner Kompetenzen auch den Schutz der digitalen Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger.

Abschnitt II **Der Landtag**

Artikel 16 Funktion und Zusammensetzung des Landtages

(1) ¹Der Landtag ist das vom Volk gewählte oberste Organ der politischen Willensbildung. ²Der Landtag wählt die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten. ³Er übt die gesetzgebende Gewalt aus und kontrolliert die vollziehende Gewalt. ⁴Er behandelt öffentliche Angelegenheiten.

(2) ¹Die Abgeordneten des Landtages werden nach einem Verfahren gewählt, das die Persönlichkeitswahl mit den Grundsätzen der Verhältniswahl verbindet. ²Das Nähere regelt ein Gesetz¹⁾, das für den Fall des Entstehens von Überhangmandaten Ausgleichsmandate vorsehen muss.

Artikel 17 Stellung der Abgeordneten

(1) ¹Die Abgeordneten vertreten das ganze Volk. ²Bei der Ausübung ihres Amtes sind sie nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

(2) ¹Die Abgeordneten haben das Recht, im Landtag sowie in den ständigen Ausschüssen und in den Sonderausschüssen des Landtages Fragen und Anträge zu stellen. ²Sie können bei Wahlen und Beschlüssen ihre Stimme abgeben; Stimmrecht in den Ausschüssen des Landtages haben nur die Ausschussmitglieder.

(3) ¹Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung. ²Dieser Anspruch ist weder übertragbar noch kann auf ihn verzichtet werden. ³Das Nähere regelt ein Gesetz.²⁾

Artikel 18 Parlamentarische Opposition

(1) ¹Die parlamentarische Opposition ist ein wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie. ²Die Opposition hat die Aufgabe, Regierungsprogramm und Regierungsentscheidungen zu kritisieren und zu kontrollieren. ³Sie steht den die Regierung tragenden Abgeordneten und Fraktionen als Alternative gegenüber. ⁴Insoweit hat sie das Recht auf politische Chancengleichheit.

(2) ¹Die oder der Vorsitzende der stärksten die Regierung nicht tragenden Fraktion ist die Oppositionsführerin oder der Oppositionsführer. ²Bei gleicher Fraktionsstärke ist das bei der letzten Landtagswahl erzielte Stimmenergebnis der Parteien maßgeblich. ³Im Übrigen entscheidet das von der Präsidentin oder dem Präsidenten des Landtages zu ziehende Los.

Artikel 19 Wahlperiode, Zusammentritt des Landtages

(1) ¹Der Landtag wird auf fünf Jahre gewählt. ²Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Landtages. ³Die Neuwahl findet frühestens achtundfünfzig, spätestens sechzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt.

(2) Der Landtag kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder unter gleichzeitiger Bestimmung eines Termins zur Neuwahl die Wahlperiode vorzeitig beenden.

(3) Im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode muss die Neuwahl innerhalb von sieben Tagen stattfinden.

1) Siehe das LandeswahlG.

2) Siehe das AbgeordnetenG.

(4) ¹Der Landtag tritt spätestens am dreißigsten Tag nach der Wahl zusammen. ²Er wird von der Präsidentin oder von dem Präsidenten des alten Landtages einberufen.

Artikel 20 Landtagspräsidentin oder Landtagspräsident, Ältestenrat, Geschäftsordnung

(1) ¹Der Landtag wählt die Präsidentin oder den Präsidenten, die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten, die Schriftführerinnen oder Schriftführer und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter.

²Der Landtag gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) ¹Die Präsidentin oder der Präsident und die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten können durch Beschluss des Landtages abberufen werden. ²Der Beschluss setzt einen Antrag der Mehrheit der Mitglieder des Landtages voraus. ³Er bedarf der Zustimmung einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages.

(3) ¹Die Präsidentin oder der Präsident führt die Geschäfte des Landtages. ²Dazu gehören die Ausübung der Ordnungsgewalt im Landtag und des Hausrechts in den Räumen des Landtages, die Verwaltung der gesamten wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landtages nach Maßgabe des Landeshaushaltsgesetzes und die Vertretung des Landes in allen Rechtsgeschäften und Rechtsstreitigkeiten des Landtages sowie die Feststellung des Entwurfs des Haushaltsplans des Landtages. ³Ihr oder ihm stehen die Einstellung und Entlassung der Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die Ernennung, Entlassung und Versetzung in den Ruhestand der Beamtinnen und Beamten des Landtages nach den geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu. ⁴Die Präsidentin oder der Präsident ist oberste Dienstbehörde der Beamtinnen und Beamten, Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter des Landtages.

(4) ¹Die Feststellung des Entwurfs des Haushaltsplans des Landtages, Entscheidungen nach Absatz 3 Satz 3 und solche, die Verhaltensregeln für die Abgeordneten betreffen oder die Fraktionen des Landtages in ihrer Gesamtheit berühren, trifft die Präsidentin oder der Präsident im Benehmen mit dem Ältestenrat. ²Im Übrigen unterstützt der Ältestenrat die Präsidentin oder den Präsidenten bei der Wahrnehmung ihrer oder seiner Aufgaben.

(5) Der Ältestenrat besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten, den Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten und je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Fraktionen.

Artikel 21 Öffentlichkeit, Berichterstattung

(1) ¹Der Landtag verhandelt öffentlich. ²Die Öffentlichkeit kann auf Antrag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages ausgeschlossen werden. ³Über den Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung entschieden.

(2) Wegen wahrheitsgetreuer Berichte über die öffentlichen Sitzungen des Landtages oder seiner Ausschüsse darf niemand zur Verantwortung gezogen werden.

Artikel 22 Beschlussfassung, Wahlen

(1) ¹Der Landtag beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit diese Verfassung nichts anderes vorschreibt. ²Über Anträge ist offen abzustimmen.

(2) Für die vom Landtag vorzunehmenden Wahlen können durch ein Gesetz oder die Geschäftsordnung des Landtages Ausnahmen zugelassen werden.

(3) Der Landtag ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist.

(4) Mehrheit der Mitglieder des Landtages im Sinne dieser Verfassung ist die Mehrheit seiner gesetzlichen Mitgliederzahl.

Artikel 22a Notausschuss

(1) ¹Der Landtag bestellt einen Notausschuss. ²Der Notausschuss besteht aus mindestens elf Abgeordneten; diese dürfen nicht der Landesregierung angehören. ³Die Fraktionen benennen durch Erklärung gegenüber der Landtagspräsidentin oder dem Landtagspräsidenten die von ihnen zu stellenden Ausschussmitglieder und die Stellvertreterinnen und Stellvertreter. ⁴Der Notausschuss kann beim Zusammentritt als Notparlament nach Absatz 2 um weitere anwesende Abgeordnete vergrößert werden. ⁵Die Fraktionen sind mit mindestens je einem Mitglied vertreten. ⁶Die Sitze werden unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen verteilt; dabei ist sicherzustellen, dass die Mehrheitsverhältnisse im Ausschuss den Mehrheitsverhältnissen im Landtag entsprechen. ⁷Das Nähere, insbesondere Zusammensetzung und Verfahren, regelt die Geschäftsordnung des Landtages.

(2) ¹Während einer Notlage nach Absatz 4 hat der Notausschuss als Notparlament die Stellung des Landtages und nimmt dessen Rechte wahr. ²Der Notausschuss darf nur die erforderlichen

Maßnahmen treffen, um die Handlungsfähigkeit des Landes während der Notlage zu sichern. ³Die Landesverfassung und die Geschäftsordnung des Landtages dürfen durch den Notausschuss weder geändert noch ganz oder teilweise außer Kraft oder außer Anwendung gesetzt werden. ⁴Die Befugnis, der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten nach Artikel 42 das Misstrauen auszusprechen, steht dem Notausschuss nicht zu.

(3) ¹Während einer Notlage finden durch den Landtag vorzunehmende Wahlen nicht statt. ²Nachdem der Landtag die Notlage für beendet erklärt hat, sind die Wahlen innerhalb von zwei Monaten nachzuholen. ³Der Notausschuss kann die Amtszeit von Personen, deren Ämter während der Notlage nachzubesetzen wären, mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder bis zum Ablauf des Tages der Neuwahl nach Satz 2 verlängern.

(4) Eine Notlage liegt vor, wenn aufgrund einer außerordentlich schweren Katastrophe oder einer epidemischen Lage von überregionaler Tragweite im Land dem unaufschiebbaren Zusammentritt des Landtages unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen oder seine Beschlussfähigkeit nicht hergestellt werden kann.

(5) ¹Der Notausschuss tritt nicht als Notparlament zusammen, wenn während einer Notlage eine Sitzung des Landtages in Anwesenheit und durch Zuschaltung mittels Bild- und Tonübertragung (hybride Sitzung) zulässig ist. ²Dies ist der Fall, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden und der zugeschalteten Abgeordneten feststellt, dass eine Notlage vorliegt und die Anwesenheit oder Zuschaltung durch Bild- und Tonübertragung allen Abgeordneten sowie den Mitgliedern und Beauftragten der Landesregierung ermöglicht und eine sichere elektronische Kommunikation gewährleistet ist. ³Artikel 22 Absatz 3 findet entsprechende Anwendung. ⁴Die Rechte der Abgeordneten aus Artikel 17 und der Landesregierung aus Artikel 27 bleiben unberührt. ⁵Beschlussfassungen in einer hybriden Sitzung unterliegen den Beschränkungen des Absatzes 2 Satz 2 bis 4. ⁶Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Landtages.

(6) ¹Die Landtagspräsidentin oder der Landtagspräsident beruft den Notausschuss unverzüglich als Notparlament ein, wenn eine Notlage vorliegt und eine hybride Sitzung des Landtages nach Absatz 5 nicht zulässig ist, und macht die Einberufung und ihre Begründung in geeigneter Weise bekannt. ²Der Notausschuss tritt in Präsenz zusammen und stellt zu Beginn jeder Sitzung mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder fest, ob eine Notlage nach Absatz 4 vorliegt. ³Das Landesverfassungsgericht kann auf Antrag einer oder eines Abgeordneten im Wege der einstweiligen Anordnung den Zusammentritt des Notausschusses als Notparlament untersagen oder dessen Beschlüsse für einstweilen unanwendbar erklären. ⁴Das Nähere regelt ein Gesetz.

(7) ¹Die Regelungen über die Verhandlungen des Landtages gelten entsprechend. ²Abgeordnete, die dem Notausschuss nicht angehören, haben das Recht, in seinen Sitzungen anwesend zu sein. ³Ihnen ist auf Wunsch das Wort zu erteilen. ⁴Sie haben das Recht, Fragen und Anträge zu stellen. ⁵Die Vorlagen und Beschlüsse des Notausschusses sind allen Abgeordneten unverzüglich zuzuleiten.

(8) ¹Vom Notausschuss beschlossene Gesetze werden nach Artikel 46 verkündet. ²Ist dies nicht rechtzeitig möglich, so erfolgt die Verkündung in anderer Weise; sie ist im Gesetz- und Verordnungsblatt nachzuholen, sobald die Umstände es zulassen. ³Beschlüsse des Notausschusses treten frühestens mit Ablauf des auf die Beschlussfassung folgenden Tages in Kraft. ⁴Stellt eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach Absatz 6 Satz 3, verzögert sich das Inkrafttreten der Beschlüsse des Notausschusses bis zur Entscheidung des Landesverfassungsgerichts, höchstens jedoch um zwei weitere Tage. ⁵Der Aufschub ist unverzüglich in geeigneter Weise bekannt zu machen.

(9) ¹Beschlüsse des Notausschusses treten mit Ablauf des Tages außer Kraft, an dem der Landtag erstmalig nach Ende der Notlage zusammentritt, sofern der Landtag diese Beschlüsse nicht bestätigt hat. ²Zum gleichen Zeitpunkt treten Rechtsverordnungen, die auf Grund nicht bestätigter Gesetze ergangen sind, außer Kraft. ³Bestätigung und Außerkrafttreten werden von der Landtagspräsidentin oder dem Landtagspräsidenten bekannt gemacht.

(10) Der Landtag hat die Notlage unverzüglich für beendet zu erklären, wenn die Voraussetzungen für ihre Feststellung nicht mehr vorliegen.

Artikel 23 Ausschüsse

(1) Zur Vorbereitung seiner Verhandlungen und Beschlüsse setzt der Landtag Ausschüsse ein.

(2) ¹Die Ausschüsse werden im Rahmen der ihnen vom Landtag erteilten Aufträge tätig. ²Sie können sich auch unabhängig von Aufträgen mit Angelegenheiten aus ihrem Aufgabengebiet befassen und hierzu dem Landtag Empfehlungen geben.

(3) ¹Die Sitzungen der Ausschüsse sind in der Regel öffentlich. ²Dies gilt nicht für die Haushaltsprüfung. ³Darüber hinaus kann die Öffentlichkeit für bestimmte Verhandlungsgegenstände ausgeschlossen werden, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder schutzwürdige Interessen Einzelner dies erfordern. ⁴Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung entschieden.

Artikel 24 Untersuchungsausschüsse

(1) ¹Der Landtag hat das Recht und auf Antrag eines Fünftels seiner Mitglieder die Pflicht, zur Aufklärung von Tatbeständen im öffentlichen Interesse einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. ²Der Untersuchungsausschuss erhebt die erforderlichen Beweise in öffentlicher Verhandlung. ³Seine Beratungen sind nicht öffentlich. ⁴Der Ausschluss der Öffentlichkeit bei der Beweiserhebung und die Herstellung der Öffentlichkeit bei der Beratung bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Ausschusses. ⁵Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung entschieden.

(2) ¹Im Untersuchungsausschuss sind die Fraktionen und die Antragstellenden mit mindestens je einem Mitglied vertreten. ²Im Übrigen werden die Sitze unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen verteilt; dabei ist sicherzustellen, dass die Mehrheitsverhältnisse im Untersuchungsausschuss den Mehrheitsverhältnissen im Landtag entsprechen. ³Bei der Einsetzung jedes neuen Untersuchungsausschusses wechselt der Vorsitz unter den Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke.

(3) ¹Beweise sind zu erheben, wenn Mitglieder des Untersuchungsausschusses, die zu den Antragstellenden gehören, oder ein Fünftel der Mitglieder des Untersuchungsausschusses es beantragen. ²Der in einem Minderheitsantrag bezeichnete Untersuchungsgegenstand kann gegen den Willen der Antragstellenden nicht eingeschränkt werden.

(4) ¹Auf Verlangen eines Fünftels der Mitglieder des Untersuchungsausschusses ist die Landesregierung verpflichtet, Akten vorzulegen und ihren Bediensteten Aussagegenehmigungen zu erteilen. ²Artikel 29 Absatz 3 gilt entsprechend. ³Gerichte und Verwaltungsbehörden haben Rechts- und Amtshilfe zu leisten. ⁴Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis bleibt unberührt.

(5) ¹Der Untersuchungsbericht ist der richterlichen Erörterung entzogen. ²In der Würdigung und Beurteilung des der Untersuchung zugrunde liegenden Sachverhalts sind die Gerichte frei.

(6) Das Nähere regelt ein Gesetz.¹⁾

Artikel 25 Petitionsausschuss

(1) ¹Zur Wahrung von Rechten gegenüber der Landesregierung, den Behörden des Landes und den Trägern der öffentlichen Verwaltung, soweit sie oder ihre Behörden der Aufsicht des Landes unterstehen, zur Behandlung von Bitten und Beschwerden an den Landtag sowie zur Durchführung von Anhörungen nach Artikel 48 Absatz 1 Satz 4 bestellt der Landtag einen Ausschuss (Petitionsausschuss). ²Soweit Träger der öffentlichen Verwaltung oder ihre Behörden der Rechtsaufsicht des Landes unterstehen, ist der Petitionsausschuss auf eine Rechtskontrolle beschränkt.

(2) ¹Die Landesregierung, die Behörden des Landes und die Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit sie oder ihre Behörden der Aufsicht des Landes unterstehen, sind verpflichtet, dem Petitionsausschuss zur Wahrnehmung seiner Aufgaben auf sein Verlangen Akten vorzulegen, ihm jederzeit Zutritt zu den von ihnen verwalteten öffentlichen Einrichtungen zu gestatten, alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Amtshilfe zu leisten. ²Die gleiche Verpflichtung besteht gegenüber vom Ausschuss beauftragten Ausschussmitgliedern. ³Artikel 29 Absatz 3 gilt entsprechend.

(3) ¹Der Petitionsausschuss behandelt Petitionen in nichtöffentlicher Sitzung. ²Der Ausschuss kann beschließen, eine Petition öffentlich zu behandeln, soweit überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder schutzwürdige Interessen Einzelner nicht entgegenstehen und die Petentin oder der Petent zustimmt.

1) Siehe das UntersuchungsausschußG.

Artikel 26 Parlamentarischer Einigungsausschuss

- (1) Die Aufgaben nach Artikel 29 Absatz 3 Satz 3 und 4 nimmt ein Parlamentarischer Einigungsausschuss wahr.
- (2) ¹Dem Parlamentarischen Einigungsausschuss gehören als Mitglieder je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Fraktionen an. ²Die oder der Vorsitzende wird im Wechsel zwischen den Fraktionen aus der Mitte des Ausschusses gewählt.
- (3) ¹Die Sitzungen des Ausschusses sind nicht öffentlich. ²Artikel 17 Absatz 2 Satz 1 findet keine Anwendung. ³Die Fragestellenden oder die Antragstellenden und die Landesregierung haben Anspruch auf Anhörung durch den Ausschuss.

Artikel 27 Anwesenheitspflicht und Zutrittsrecht der Landesregierung

- (1) Der Landtag und seine Ausschüsse haben das Recht und auf Antrag eines Viertels der jeweils vorgesehenen Mitglieder die Pflicht, die Anwesenheit jedes Mitgliedes der Landesregierung zu verlangen.
- (2) ¹Die Mitglieder der Landesregierung und ihre Beauftragten haben zu den Sitzungen des Landtages und seiner Ausschüsse Zutritt. ²Zu nichtöffentlichen Sitzungen der Untersuchungsausschüsse, die nicht der Beweiserhebung dienen, besteht für Regierungsmitglieder und ihre Beauftragten kein Zutritt, es sei denn, dass sie geladen werden.
- (3) Den Mitgliedern der Landesregierung ist im Landtag und seinen Ausschüssen, ihren Beauftragten in den Ausschüssen auf Wunsch das Wort zu erteilen.

Artikel 28 Informationspflichten der Landesregierung gegenüber dem Landtag

- (1) ¹Die Landesregierung ist verpflichtet, den Landtag über die Vorbereitung von Gesetzen und Staatsverträgen sowie über Grundsatzfragen der Landesplanung, der Standortplanung und der Durchführung von Großvorhaben frühzeitig und vollständig zu unterrichten. ²Das Gleiche gilt für die Vorbereitung von Verwaltungsabkommen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, für die Mitwirkung im Bundesrat und für die Zusammenarbeit mit dem Bund, den Ländern, anderen Staaten, zwischenstaatlichen Einrichtungen, insbesondere der Europäischen Union, sowie deren Organen, soweit es um Gegenstände von grundsätzlicher Bedeutung geht.
- (2) Artikel 29 Absatz 3 gilt entsprechend.
- (3) Das Nähere regelt ein Gesetz.¹⁾

Artikel 29 Frage- und Auskunftsrecht der Abgeordneten, Aktenvorlage durch die Landesregierung

- (1) ¹Fragen einzelner Abgeordneter oder parlamentarische Anfragen haben die Landesregierung oder ihre Mitglieder im Landtag und in seinen Ausschüssen nach bestem Wissen unverzüglich und vollständig zu beantworten. ²Die gleiche Verpflichtung trifft die Beauftragten der Landesregierung in den Ausschüssen des Landtages.
- (2) ¹Die Landesregierung hat jeder oder jedem Abgeordneten Auskünfte zu erteilen. ²Sie hat dem Landtag und den von ihm eingesetzten Ausschüssen auf Verlangen eines Viertels der jeweils vorgesehenen Mitglieder Akten vorzulegen. ³Die Auskunftserteilung und die Aktenvorlage müssen unverzüglich und vollständig erfolgen.
- (3) ¹Die Landesregierung kann die Beantwortung von Fragen, die Erteilung von Auskünften oder die Vorlage von Akten ablehnen, wenn dem Bekanntwerden des Inhalts gesetzliche Vorschriften oder Staatsgeheimnisse oder schutzwürdige Interessen Einzelner, insbesondere des Datenschutzes, entgegenstehen oder wenn die Funktionsfähigkeit und die Eigenverantwortung der Landesregierung beeinträchtigt werden. ²Die Entscheidung ist den Fragestellenden oder den Antragstellenden mitzuteilen. ³Auf deren Verlangen ist die Ablehnung vor dem Parlamentarischen Einigungsausschuss zu begründen. ⁴Soweit zwischen dem Parlamentarischen Einigungsausschuss und der Landesregierung keine Einigung erzielt wird, ist die Landesregierung verpflichtet, dem Informationsverlangen unverzüglich zu entsprechen, es sei denn, dass sie eine gegenteilige einstweilige Anordnung des Landesverfassungsgerichts erwirkt; bis zur Entscheidung über ihren Antrag besteht keine Antwort-, Auskunfts- oder Vorlagepflicht.
- (4) Das Nähere regelt ein Gesetz.²⁾

1) Siehe § 39 der GeschäftsO des Landtages.

2) Siehe §§ 35 ff. der GeschäftsO des Landtages und die GeheimschutzO.

Artikel 30 Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht auf Verlangen des Landtages

Die Landesregierung ist verpflichtet, beim Bundesverfassungsgericht für das Land ein Verfahren gegen eine Maßnahme oder Unterlassung des Bundes anhängig zu machen, wenn der Landtag dies zur Wahrung seiner Rechte verlangt.

Artikel 31 Indemnität, Immunität, Zeugnisverweigerungsrecht

(1) ¹Keine Abgeordnete und kein Abgeordneter dürfen zu irgendeiner Zeit wegen einer Abstimmung oder wegen einer Äußerung im Landtag oder in einem seiner Ausschüsse gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Landtages zur Verantwortung gezogen werden. ²Dies gilt nicht für verleumderische Beleidigungen.

(2) ¹Wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung darf eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter nur mit Genehmigung des Landtages zur Verantwortung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, sie oder er wird bei Ausübung der Tat oder im Laufe des folgenden Tages festgenommen. ²Strafverfahren gegen Abgeordnete sowie die Durchführung von Haft oder sonstigen Beschränkungen der persönlichen Freiheit sind auf Verlangen des Landtages auszusetzen.

(3) ¹Die Abgeordneten sind berechtigt, das Zeugnis zu verweigern über Personen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete Tatsachen anvertraut haben, über Personen, denen sie in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete Tatsachen anvertraut haben, sowie über diese Tatsachen. ²Insoweit sind auch Schriftstücke der Beschlagnahme entzogen.

Artikel 32 Untersuchung und Beschlagnahme im Landtagsgebäude

In den Räumen des Landtages darf eine Untersuchung oder Beschlagnahme nur mit Zustimmung der Landtagspräsidentin oder des Landtagspräsidenten vorgenommen werden.

Abschnitt III

Die Landesregierung

Artikel 33 Zusammensetzung, Wahl und Berufung

(1) ¹Die Landesregierung ist im Bereich der vollziehenden Gewalt oberstes Leitungs-, Entscheidungs- und Vollzugsorgan. ²Sie besteht aus der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten und den Landesministerinnen und Landesministern.

(2) ¹Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident wird vom Landtag ohne Aussprache gewählt. ²Sie oder er beruft und entlässt die Landesministerinnen und Landesminister und bestellt aus diesem Kreis für sich eine Vertreterin oder einen Vertreter.

(3) Zur Ministerpräsidentin oder zum Ministerpräsidenten ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtages auf sich vereinigt.

(4) ¹Erhält im ersten Wahlgang niemand diese Mehrheit, so findet ein neuer Wahlgang statt. ²Kommt die Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen erhält.

Artikel 34 Ende der Amtszeit, Rücktritt

(1) Das Amt der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister endet mit dem Zusammentritt eines neuen Landtages, das Amt der Landesministerinnen und Landesminister auch mit dem Rücktritt oder jeder anderen Erledigung des Amtes der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten.

(2) ¹Endet das Amt der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten, so sind sie oder er und mit ihr oder ihm die anderen Mitglieder der Landesregierung verpflichtet, die Geschäfte bis zum Amtsantritt der Nachfolgerinnen oder der Nachfolger weiterzuführen. ²Auf Ersuchen der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten hat eine Landesministerin oder ein Landesminister die Geschäfte bis zur Ernennung einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers weiterzuführen.

Artikel 35 Amtseid

(1) ¹Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident leistet bei der Amtsübernahme vor dem Landtag den folgenden Eid: „Ich schwöre: Ich werde meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seine Freiheit verteidigen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein wahren, meine Pflichten

gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben.“ ²Dem Eid kann eine religiöse Beteuerung angefügt werden.

(2) Die Landesministerinnen und Landesminister haben nach ihrer Berufung unverzüglich vor dem Landtag den gleichen Eid zu leisten.

Artikel 36 Richtlinienkompetenz, Ressortverantwortlichkeit, Geschäftsordnung

(1) ¹Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik und trägt dafür die Verantwortung. ²Sie oder er führt den Vorsitz in der Landesregierung und leitet deren Geschäfte.

(2) Innerhalb der Richtlinien der Regierungspolitik leiten und verantworten die Landesministerinnen und Landesminister ihren Geschäftsbereich selbständig.

(3) Die Landesregierung gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 37 Vertretung des Landes, Staatsverträge

(1) ¹Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident vertritt das Land, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen. ²Diese Befugnis kann übertragen werden.

(2) ¹Verträge mit der Bundesrepublik oder mit anderen Ländern bedürfen der Zustimmung der Landesregierung. ²Soweit sie Gegenstände der Gesetzgebung betreffen oder zu ihrer Durchführung eines Gesetzes bedürfen, muss auch der Landtag zustimmen.

Artikel 38 Öffentlicher Dienst

¹Zu den Aufgaben der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten gehören die Ernennung, Einstellung und Entlassung von Richterinnen und Richtern, Beamtinnen und Beamten, Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeitern des Landes. ²Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident kann dieses Recht übertragen. ³Artikel 20 Absatz 3 Satz 3 bleibt unberührt.

Artikel 39 Begnadigung, Amnestie

(1) ¹Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident übt im Namen des Volkes das Begnadigungsrecht aus. ²Die Befugnis kann übertragen werden.

(2) Eine Amnestie bedarf eines Gesetzes.

Artikel 40 Amts- und Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung

(1) Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident und die Landesministerinnen und Landesminister stehen in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis.

(2) Die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung werden durch Gesetz geregelt.¹⁾

Artikel 41 Inkompatibilität

Die Mitglieder der Landesregierung dürfen kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben; sie dürfen weder der Leitung noch ohne Zustimmung des Landtages dem Aufsichtsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören.

Artikel 42 Konstruktives Misstrauensvotum

Der Landtag kann der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten das Misstrauen nur dadurch aussprechen, dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger wählt.

Artikel 43 Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode durch die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten

(1) ¹Stellt die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident in einem Antrag die Vertrauensfrage, ohne hierfür die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Landtages zu finden, so kann die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident binnen zehn Tagen die Wahlperiode vorzeitig beenden. ²Zwischen dem Antrag und der Abstimmung müssen achtundvierzig Stunden liegen. ³Artikel 19 Absatz 3 ist anzuwenden.

(2) Das Recht der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten zur vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode erlischt, sobald der Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder eine andere Ministerpräsidentin oder einen anderen Ministerpräsidenten wählt.

1) Siehe das LandesministerG.

Register

Die **fetten** Zahlen verweisen auf die laufenden Nummern der Gesetze (vgl. Inhaltsverzeichnis), die **mageren** auf die Artikel, Paragraphen und Nummern.

Abfall Entsorgungsträger **42** 3 ff., Entsorgung überwachungsbedürftigen – **42** 11, Verbot der Wegnahme gegnet bereitgestellt – **42** 7, zuständige Behörden **42** 25 ff.

Abfallentsorgungsanlagen **42** 13 ff.

Abfallentsorgungsbehörden **42** 25

Abfallwirtschaft, Planung **42** 8

Abgaben, kommunale Beiträge **36** 8, Benutzungsgebühren **36** 6, Festsetzungsverjährung **36** 15, Gebühren **36** 4, Haus- und Grundstücksanschlüsse **36** 9a, Kosten der Gewässerunterhaltung **36** 7, Kur- und Tourismusabgaben **36** 10, Steuern **36** 3, Steuervereinbarungen **36** 13, Verkehrsanlagen **36** 8a, Verwaltungsgebühren **36** 5, Vollstreckung privatrechtlicher Entgelte **36** 14, wiederkehrende Abgaben **36** 12, zeitliche Obergrenze für Festsetzung **36** 15

Abgabenhoheit **10** 56

Abgeordnete **15** 10, Altersentschädigung **14** 17 f., Amtsausstattung **14** 8, Anrechnung bei Zusammenreffen mehrerer Bezüge **14** 27, Beförderungsverbot **14** 38, Berufs- und Betriebszeiten **14** 4, Datenverarbeitung über – **14** 32a, Entlassung **14** 39, Entschädigung **14** 6 f., Frage- und Auskunftsrecht der – **10** 29, Gesundheitsschäden **14** 20, Hinterbliebenenversorgung **14** 23, Indemnität, Immunität, Zeugnisverweigerungsrecht **10** 31, Krankheitsfall, Unterstützung **14** 25 f., Mandatsausübung **14** 46, -neigenschaft **14** 1, Sitzverlust **11** 49, Überbrückungsgeld **14** 22, Übergangsgeld **14** 16, Versorgungsabfindung **14** 21, Zuschuss zu Krankheitskosten **14** 25

AbgeordnetenG **14**

Abgeordnetenmandat -sausübung, freie **14** 2, Vereinbarkeit mit anderem Amt **14** 34 ff., 42 ff.

Abschiebungshaftvollzug Beamte **23** 114 f.

Abstellanlagen für Fahrräder **52** 49

Abstrakte Normenkontrolle **72** 39 ff.

Abwasseranlagen Einleiten von Abwasser in öffentliche – **44** 48, Einleiten von Abwasser in private – **44** 49

Abwasserbehandlungsanlagen Genehmigung **44** 52

Abwasserbeseitigung **44** 44 ff., -spflicht **44** 46, technische Regeln **44** 51

Abwassereinleitungen Anforderungen an – **44** 47

AG Baugesetzbuch **53**

Akteneinsicht **20** 88, **72** 17

Altenteilsvertrag Anwendungsbereich **100** 1, Auslegungsregeln **100** 3, dingliche Sicherung **100** 2, Ehegatten als Berechtigte **100** 12, Geldrente bei Aufgabe der Wohnung **100** 10, Kündigung der Wohnung durch den Schuldner **100** 11, Lastentragung **100** 7, Leistung von Erzeugnissen **100** 6, Mitbenutzung der Wohnung des Schuldners **100** 9, Nichterfüllung **100** 5, Vorauszahlung **100** 4, Wohnung des Gläubigers **100** 8

Altersentschädigung Abgeordnete **14** 17 f., Versorgungsfonds **14** 19

Altersteilzeit **63plus** Beamte **23** 63a

Altlasten; Bodenschutz Datenzugang, Datenübermittlung **43** 6, Informationssysteme **43** 5, Mitteilungs-

und Auskunftspflichten **43** 2, Nutzungsbeschränkungen **43** 10, Sanierung **43** 9, zuständige Behörden **43** 12 ff.

Amnestie **10** 39

Amtliches Bekanntmachungsblatt **20b** 3

Amtsbezüge Landesminister **16** 7 f., Ministerpräsident **16** 7

Amtsgerichte Sitz und Bezirksgrenzen **70** 30

Amtshilfe Behördenauswahl **20** 33a, Durchführung **20** 34, Grenzen **20** 33, Kosten **20** 35, -pflicht **20** 32, Voraussetzungen **20** 33

Amtsordnung **31** Amtsausschuss **31** 9 ff., Amtsvorsteher **31** 11 f., Aufgaben, gesetzliche **31** 4, Aufgaben, übertragene **31** 5, Ausstattung **31** 7, Datenübermittlung **31** 6, ehrenamtliche Verwaltung **31** 13 ff., Finanzierung der Ämter **31** 21 f., Gleichstellungsbeauftragte **31** 22a, hauptamtliche Verwaltung **31** 15a ff., Hauptausschuss **31** 15e, Haushalts- und Wirtschaftsführung **31** 18, Kommunalaufsicht **31** 19

Amtssprache **20** 82a

Amtsverhältnis Tätigkeit nach Beendigung **16** 8a

Amtsverschwiegenheitspflicht **25** 31

Angestellte im öffentlichen Dienst **14** 41

Anhörungsverfahren **20** 140

Anschluss- und Benutzungszwang **30** 17, **32** 17

Anstalten des öffentlichen Rechts **20** 41 ff., Aufsicht über – **20** 50 ff.

Anwaltschafts Gerichte in – **70** 71

Apotheken Ladenschlusszeiten **92** 6

Arbeitnehmer **24** 5

Arbeitsgerichtsbarkeit **70** 53 f.

Arbeitsschutz Beamte **23** 82

Arbeitszeit Beamte **23** 60 ff.

Arrest **20** 315

Aufenthaltsgebot **20** 201

Aufenthaltsräume **52** 47

Aufenthaltsüberwachung elektronische **20** 201b

Aufenthaltsverbot **20** 201

Aufgabenübertragung auf Körperschaften/Anstalten/Stiftungen **20** 23, auf natürliche/juristische Personen **20** 24, örtliche Zuständigkeit **20** 29 ff., sachliche Zuständigkeit **20** 25 ff.

Aufnahmegeräte körpernah getragene **20** 184a

Aufwandsentschädigung für Abgeordnete Fahrtkosten **14** 13, Mitarbeiterkostenerstattung **14** 9, Reisekosten **14** 10

Aus-, Fort-, Weiterbildung Zuschuss **60** 123a

Ausbildungsvertretung **24** 62 ff.

AusführungsG zum BGB **100**

Ausgaben nach der Haushaltsordnung Bewirtschaftung **17** 34, Notwendigkeit **17** 6, über- und außerplanmäßige **17** 37

Auslagen Verwaltungsverfahren **22** 10

Ausschüsse **20** 100 ff.

Außerplanmäßige Professur **61** 65

Barrierefreies Bauen **52** 50

Baugesetzbuch Ausführungsgesetz 53

Bauleistungen Vergabe 97 4

Bauleitplanung 51 11

Bauliche Anlagen allgemeine Anforderungen 52 3, Bauausführung 52 11 ff., Begriffe 52 2, Fenster, Türen, sonstige Öffnungen 52 37, Flure, Gänge 52 36, Gestaltung 52 10 f., Rettungswege 52 33, technische Gebäudeausrüstung 52 39 ff., Treppen 52 34 f., Umwehungen 52 38

Bauprodukte 52 16b ff.

Baustoffe und Bauteile Brandverhalten 52 26 ff.

Beamte 24 4, Altersteilzeit 23 63, Altersteilzeit 63plus 23 63a, Amtsbezeichnung 52 57, Arbeitsschutz 23 82, Arbeitszeit 23 60, Aufenthalt in erreichbarer Nähe 23 55, auf Probe in Ämtern mit leitender Funktion 23 5, auf Zeit 23 7, Aussagegenehmigung 23 46, Ausschluss und Befreiung von Amtshandlungen 23 53, Beihilfen 23 80, Bereitschaftsdienst 23 60, des Landtags 23 106, Diensteid 23 47, Dienstjubiläen 23 58, Dienstkleidungsvorschriften 23 56, dienstliche Beurteilung 23 59, Dienstunfähigkeit 23 41 ff., Dienstvergehen von Ruhestandsbeamten 23 50, Dienstwohnung 23 54, Dienstzeugnis 23 59, einseitiger Ruhestand 23 37, 40, einseitiger Ruhestand bei Umbildung und Auflösung von Behörden 23 39, einseitiger Ruhestand bei Umbildung von Körperschaften 23 38, Elternzeit 23 81, Entlassung durch Verwaltungsakt 23 31, Entlassung kraft Gesetzes 23 30, Erkrankung 23 67, Ersatz von Sachschäden 23 83, Familienpflegezeit 23 62a, Fernbleiben vom Dienst 23 67, Feststellung der gesundheitlichen Eignung 23 10, Feststellung der Nichtigkeit der Ernennung 23 11, Feuerwehr 23 113, gesetzliche Krankenversicherung 23 80a, Hochschulen 23 116 ff., Höchstdauer unterhältiger Teilzeit 23 65, Höchstdauer von Beurlaubung 23 65, Körperschaften 23 115, landesinterne Abordnung 23 27 f., Landesrechnungshof 23 124, Laufbahn 23 13 ff., Mandatsurlaub 23 69, Mehrarbeit 23 60, Mutterschutz 23 81, Nebentätigkeit 23 70 ff., Personalakten 23 85 ff., Polizeivollzug 23 107 ff., Reisekosten 23 84, Rücknahme der Ernennung 23 12, Ruhestand auf Antrag 23 36, Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze 23 35, Schadenersatz 23 51 f., Schmerzensgeldansprüche 23 83a, Schulen 23 122, Stellenausschreibung 23 10, Steuerverwaltung 23 123, Teilzeitbeschäftigung 23 61 f., Umzugskosten 23 84, Urlaub 23 68, Urlaub ohne Dienstbezüge 23 64, Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken 23 49, Verbot der Führung der Dienstgeschäfte 23 11, 48, Verschwiegenheitspflicht 23 46, Versetzung 23 27, 29, Wirkung der Ernennung 23 9, Wohnungswahl 23 54, Zuständigkeit für Ernennung 23 9

Beamtenverhältnis auf Probe in Ämtern mit leitender Funktion 23 5, auf Zeit 23 7, Beendigung 23 30 ff., Beschwerdeweg/Rechtsschutz 23 101 ff., Ehrenbeamte/-beamtinnen 23 6, Laufbahn 23 13 ff., Vorbereitungsdienst 23 4, Zulassung von Ausnahmen für die Berufung 23 8

Befangenheit 20 81a

Begnadigung 10 39

Behörden 20 3, der Dienst- und Fachaufsicht 20 14 ff., der Gemeinden, Kreise und Ämter 20 11, des Landes

20 4, Errichtung und Auflösung 20 8, gemeinsame – mit anderen Bundesländern 20 9, sonstige 20 12 f.

Bekanntmachung im Internet 20 86a, Zugänglichmachung auszulegender Dokumente 20 86b

Bekanntmachungsverordnung 20b, s. a. *Örtliche Bekanntmachung/Verkündung*

Benutzungsgebühren 36 6, Bemessung 22 24, Entstehung 22 25, Fälligkeit 22 25, Gläubiger 22 26, Schuldner 22 27

Berichtspflicht 25 38

Berufsbegleitendes Studium 61 58

Berufsbildungszentren, regionale Aufgaben 60 101, Errichtung 60 100, Konferenzen 60 108, Kooperation mit Land 60 109, Landesmittel 60 102, Leitung 60 106, Organe 60 104, Organisation 60 103, Rechnungsprüfung 60 107, Verwaltungsrat 60 105

Berufsschule 60 88, Fachschule 60 89, Oberschule 60 90, Träger 60 95

Berufsschulpflicht 60 23

Berufverschwiegenheitspflicht 25 31

Beschäftigte 24 3

Bestandsdatenauskunft 20 180a f.

Beteiligungsmanagement Gemeinde 30 109a

Beweismittel 20 84

Bewilligungsrichtlinien 20 71

Bild- und Tonaufzeichnung Versammlung in geschlossenen Räumen 26 22, Versammlung unter freiem Himmel 26 16

Bild- und Tonübertragung Versammlung unter freiem Himmel 26 16

Bildungseinrichtungen Abgrenzung zu anderen – 60 142

Bildungsziele 60 4

Biosphärenreservate 46 14

Biotope geschützte 46 21

Biotopeverbund 46 12

Bodenschutzbehörden 43 12

Bootsliegeplätze 46 36

Brandverhalten Außenwände 52 28, Baustoffe und Bauteile 52 26 ff., Brandwände 52 30, Dächer 52 32, Decken 52 31, tragende Wände, Stützen 52 27, Trennwände 52 29

Briefwahl Gemeinde- und Kreiswahl 34 33, Landtagswahl 11 22

Bundesverfassungsgericht Verfahren vor dem – auf Verlangen des Landtages 10 30

Bürger einer Gemeinde 30 6, eines Landkreises 32 6

Bürgerbegehren/-entscheid 30 16g, 30a 7 ff., 32 16f

Bürgermeister ehrenamtlicher 30 50 ff., hauptamtlicher 30 55 ff., Rechte und Pflichten 30 36, Wahl des – 30 57 ff., 61

Campingplätze Hinweispflicht auf Gefahr von Sturmfluten 44 82a

Campus Rechtsstellung 61 88

Campusdirektion 61 88a f.

Campusstruktur Klinikum 61 82

Daten Abgleich 20 195, Berichtigung, Löschung 20 196, Übermittlung 20 191 ff.

Datenabgleich 20 195a

Datenerhebung bei öffentlichen Veranstaltungen 20 184, besondere Mittel 20 185, 186a, durch Vertrau-

enspersonen **20** 185c, erkennungsdienstliche Maßnahmen **20** 183, Identitätsfeststellung **20** 181, Kontrollmeldungen **20** 187, Voraussetzungen **20** 179

Datengeheimnis **80** 29

Datenneuerhebung hypothetische **20** 188a

Datenschutz **25** 31 ff., Volksabstimmung **12** 28

Datenschutz-Aufsichtsbehörden **80** 61 ff.

Datenschutzbeauftragte **80** 58 ff., Aufgaben und Befugnisse **80** 17, Durchführung von Kontrollen **80** 18

Datenschutz-Folgenabschätzung **80** 43

Datenschutzregelung Naturschutz **46** 2

Datenübermittlung **31** 6, an Drittstaaten **80** 54 ff.

Datenverarbeitung **20** 188a, in der Abfallwirtschaft **42** 22, Sicherheitsanforderungen **80** 40

Deiche **44** 65 ff., Eigentum **44** 72

Deichschau **44** 71

Deichvorland **44** 73

Demokratie **10** 2

Denkmalbeiräte **56** 6

Denkmäler Ausweisung von Schutzzonen **56** 10, Datenschutz **56** 7, Enteignung **56** 21, Erhaltung **56** 16, Rat **56** 6, Schutz **56** 8 ff., Umgang **56** 11 ff., Vertrauensleute für – **56** 5

Denkmalpflege **56** 1

Denkmalschutz **56** 1, -behörden **56** 3, 17

DenkmalschutzG **56**

Dienstleid Beamte **23** 47

Dienststelle **24** 8

Dienst- und Fachaufsicht bei Ausführung von Bundesrecht **20** 21, Mittel **20** 16, Umfang **20** 15

Dienstunfähigkeit von Beamten ärztliche Untersuchung **23** 44, Ruhestand bei Beamtenverhältnis auf Probe **23** 42, Verfahren **23** 41, Wiederherstellung der Dienstfähigkeit **23** 43

Dienstvereinbarungen **24** 57

Dienstvergehen Ruhestandsbeamte **23** 50

Dienstverhältnis Ruhen des bisherigen öffentlich-rechtlichen – im öffentlichen Dienst **32** 47

Digitale Basisdienste **10** 14

Digitale Lehr-/Lernformen **60** 4a

Digitale Privatsphäre **10** 15

Distanz-Elektroimpulsgeräte **20** 258a

Diversität Beauftragte/r für – an der Hochschule **61** 27a

Dokumentationspflicht **25** 38

Durchsuchung gezielte Kontrollen **20** 206a, Personen **20** 202 f., Sachen **20** 206 ff.

Ehrenamtliche Tätigkeit **20** 93 ff., in der Gemeinde **30** 19 ff.

Eigenbetrieb **37** 1 ff., Beschlüsse der Gemeindevertretung **37** 5, Jahresabschluss **37** 19, Leitung **37** 2 ff., Planung **37** 12 ff., Rechenschaft **37** 24, Satzung **37** 6, Vermögen **37** 7 ff.

Eigenbetriebsverordnung **37**

Einigungsstelle **24** 53 ff., Aufhebung von Beschlüssen **24** 55, Beschlussfassung **24** 54, Bildung **24** 53, Kosten **24** 53, Verhandlung **24** 54

Einrichtung, öffentliche **30** 18, **32** 18

Einstweiliger Ruhestand von Beamten **23** 37, Beginn **23** 40, bei Umbildung und Auflösung von Behörden **23** 39, bei Umbildung von Körperschaften **23** 38

Einwohner Unterrichtung **30** 16a, **32** 16a

Einwohnerantrag **30** 16f, **30a** 7 ff., **32** 16e

Einwohnerbefragung **30** 16c

Einwohnerfragetunde **30** 16c, **32** 16b

Einwohnergversammlung **30** 16b

Elektronische Aktenführung **20** 52d, **72** 20a

Elektronische Kommunikation Verwaltungshandeln **20** 52a ff.

Elektronischer Zugang Verwaltung **20** 52b

Elektronische Vorgangsbearbeitung **20** 52d

Elternversammlung **60** 69

Elternvertretung **60** 70, **98**

Elternteil Beamte **23** 81

EMAS-Standort Rechtsverordnungen für – **44** 17

Emissionsfreie Personenbeförderung **48** 30

Energiewendebeirat **48** 9

Energiewende- und KlimaschutzG **48**

Energiewirtschaftliche Betätigung **30** 101a

Enteignung freiwillige Abtretung **55** 17, Rechtsweg **55** 30, Reklamationsfrist **55** 31, -splan **55** 56 f., Verfahren **55** 56 ff., Vollziehung **55** 32, von Grundeigentum **55** 6, Wirkungen **55** 44, Zulässigkeit **55** 1

Entlassung von Beamten durch Verwaltungsakt **23** 31, kraft Gesetzes **23** 30, Verfahren und Wirkung **23** 32, Wirkung des Verlustes der Beamtenrechte **23** 33, Zuständigkeit **23** 32

Entschädigung bei Enteignung für Beschränkungen **55** 12, bei Enteignung für Neuanlagen **55** 13, bei Enteignung von Mietern und Pächtern **55** 11, Empfänger **55** 36, Entscheidung über – **55** 29, Festsetzung auf dem Rechtsweg **55** 46, Feststellung der – **55** 24, Hinterlegung **55** 37, Höhe bei Enteignung **55** 8, nach Landesrecht **55** 47, -sansprüche **20** 221 ff., -spflicht **20** 224

Erdaufschlüsse **44** 40

Erklärung Abgabe **20** 242

Erlaubnisfreiheit Versammlung unter freiem Himmel **26** 12

Ermessen **20** 73

Ersatzschule Anerkennung **60** 116, Bemessungsgrundlage **60** 121 f., dänische Minderheit **60** 124, Eigenanteil **60** 120, Genehmigung **60** 115, Lehrkräfte **60** 117, Zuschussvoraussetzungen **60** 119 f.

Ersetzendes Scannen **20** 52e

Erziehungsziele **60** 4

Europäische Verwaltungszusammenarbeit **20** 36a ff.

Externenprüfung **60** 140

Fachbereich **61** 28, Medizin und Klinikum **61** 32, Zusammenarbeit mehrerer **61** 31

Fachbereichskonvent **61** 29

Fachhochschule **61** 94

Fachoberschule **60** 91

Fachschule **60** 93

Fährhöfen Ladenschlusszeiten **92** 8

Familienpflegezeit Beamte **23** 62a

Fangmethoden verbotene **45** 31

Feiertag Begriff **90** 2, Dienst- und Arbeitsfreistellung **90** 7, Schutz des – **90** 6

Fernwärmeversorgung transparente Darstellung **48** 12

Feste Fehmarnbeltquerung **20** 30

Finanzbuchhaltung **30** 90

Finanzgerichtsbarkeit

1156

- Finanzgerichtsbarkeit** 70 56
Fischbestände 45 30 ff.
Fischerei Definition 45 2
Fischereiaufsicht 45 43, Befugnisse 45 44
Fischereibehörden 45 42
Fischereiberechtigung 45 4 ff.
Fischereierlaubnisschein 45 14
Fischereigenossenschaft 45 22, Abwicklung 45 25, Aufsicht über 45 24, Auseinandersetzung 45 25, Satzung 45 23
Fischereipachtvertrag 45 12
Fischereirecht 45 3, Ausübung 45 11 ff., in Abzweigungen 45 17, Stauanlagen 45 16
Fischereischein 45 26, Einziehung 45 28, Fischereiabgabe 45 29, -prüfung 45 27, Versagungsgründe 45 28
Fischereiverwaltung Datenverarbeitung 45 42
Fischfang auf überfluteten Grundstücken 45 19
Fischkrankheiten übertragbare 45 38
Fischsterben Anzeige 45 37
Fischwechsel 45 18
Fischwege 45 34
Flughäfen Ladenschlusszeiten 92 8
Flussgebietseinheiten Bewirtschaftung in – 44 86
Förderzentrum 60 45
Forschung an Schulen 60 32, mit Drittmitteln 61 37
Forstverwaltung, Forstaufsicht 47 32 ff.
Forstwirtschaft Förderung 47 25
Fraktion Aufgaben 15 3, Beendigung der Rechtsstellung 15 11, Bildung 15 1, Buchführung 15 7, Geheimhaltungspflicht Mitarbeiter 15 5, Geld- und Sachleistungen 15 6 f., Gemeinde- 30 32a, Haushalts- und Wirtschaftsführung 15 7, Liquidation 15 11, Organisation 15 4, Rechnungslegung 15 8, Rechnungsprüfung 15 9, Rechtsstellung 15 2
FraktionsG 15
Freiwillige Gerichtsbarkeit Ausführungsbestimmungen 70 34 ff.
Friesisch-Gesetz 18 Behördensprache 18 1, Briefköpfe; Siegel 18 4, Einstellungskriterium 18 2, Gebäudebeschilderung 18 3, Hinweistafeln 18 6, Ortstafeln 18 6, Sprache in Gerichten 18 1, Wappen 18 5, wegweisende Beschilderungen 18 6
Friesischsprachige Mitarbeiter 18 2
Fristen 20 89
Funde 56 15
Ganztagsschule 60 6, Betreuungsangebot 60 6
Garagen 52 49
Gastprofessur 61 65
Gaststättenverordnung 91
Gaststudierende 61 44
Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetscher 70 76 ff.
Gebietsänderung Gemeinde 30a 3
Gebührenbemessung 22 9
Gebührenfreiheit persönliche 22 8, sachliche 22 7
Gefährliche Tiere Haltung 46 29
Gemeinde Aufgaben nach Weisung 30 3, Beiräte 30 47c ff., Beschäftigte der – 31 16, Beteiligungsmanagement 30 109a, Einwohner 30 6, Fraktionen 30 32a, Gebiet 30 13 ff., hauptamtlich und ehrenamtlich verwaltete – 30 48, im Grenzgebiet 92 8, Organe 30 7, Ortsteile 30 47a f., Satzungen 30 4, Selbstverwaltung 30 1 f., Sondervermögen 30 96 ff., Vertretung 30 10, 27 ff., Wappen, Flagge 30 12, Zusammenwirken mit Landkreis 32 20
Gemeinde- und Amtsordnungs-DVO 30a
Bürgerbegehren/-entscheid 30a 7 ff., Einwohnerantrag 30a 7 ff., Gebietsänderungen 30a 3, Gemeindevorname 30a 2, Schriftverkehr 30a 1
Gemeinde 30a 2
Gemeindeordnung 30
Gemeinderat Beschlussfähigkeit 30 38, Beschlussfassung 30 39, Hauptausschuss 30 45a ff., Sitzung 30 35, Widerspruch gegen Beschlüsse 30 43
Gemeinderatsitzung in Fällen höherer Gewalt 30 35a, Teilnahme durch Ton-Bild-Übertragung 30 34a
Gemeinde- und Kreiswahl Briefwahl 34 33, Ergebniserstellung 32 34 ff., Öffentlichkeit 32 29, Propaganda 32 30, Sitzverlust; Nachrücken 32 43 f., Stimmabgabe 34 32, Verhältnisausgleich 34 10, Vertrauensperson 34 22, Vertreter 32 8, Wählbarkeit 34 6, Wahlbezirke 34 16, Wahl des Bürgermeisters 34 46 ff., Wahlergebnis 34 34 ff., Wählerverzeichnis 34 17, Wahlgebiet 34 2, Wahlheimis 32 31, 34 31, Wahlkreise 32 9, 34 15, Wahlorgane 34 11 ff., Wahlprüfung 34 38 ff., Wahlrecht 32 3 ff., Wahlschein 34 17, Wahlsystem 34 7 ff., Wahlvorschläge 32 18 ff., 34 18 ff., Wahlvorstand 34 14, Wahlwerbung 34 30, Wahlzeit, Wahltag 34 1, Wiederholungswahl 34 41
Gemeinde- und KreiswahlG 34
Gemeindevertretung Einberufung 30 34, Geschäftsordnung 30 34
Gemeindewirtschaft Eigenbetriebe 30 106a, Gesellschaften 30 102 ff., Grundsätze 30 107, Monopolstellung 30 109, Unternehmen 30 101
Gemeinschaftsschule 60 43
Genehmigungsverfahren nach Landeswassergesetz 44 95 f.
Genossenschaften Beteiligung 30 105
Gerichte 70 1 ff., elektronischer Zugang 10 69
Gerichtsvollzieher Aufgabenübertragung 70 33
Gesamtabschluss 30 93
Gesamtpersonalrat 24 45, 61
Geschäftsordnung Landesregierung 10 36
Geschützte Gebiete 46 20
Geschützte Landschaftsbestandteile 46 18
Gesetzesvorrang 10 52
Gesetzgebung 10 44 ff.
Gewahrsam Personen 20 204
Gewährträgerversammlung 61 86c f.
Gewaltenteilung 10 2
Gewässer bauliche Anlagen im Schutzstreifen an – 46 65, Eigentum an den – 44 3 ff.
Gewässeraufsicht und Gefahrenabwehr 44 107 ff.
Gewässerausbau 44 54 ff.
Gewässerbenutzungen 44 11 ff.
Gewässerbewirtschaftung Rechtsverordnungen zur – 44 17
Gewässerkundliche Messanlagen 44 90
Gewässerrandstreifen 44 26
Gewässerschutzstreifen 46 35
Gewässerunterhaltung 44 25 ff.
Gewässerzugang 45 15

Gleichstellungsbeauftragte 31 22a, Hochschule 61 27, Klinikum 61 89
Gleichstellung von Frauen und Männern Förderung 10 9
Grundbuchsachen 70 39
Grundrechte Geltung 10 3
Grundschule 60 41
Grundstück Abstandsflächen 52 6, Bebauung mit Gebäuden 52 4, Teilung 52 7, Zugänge und Zufahrten 52 5
Grundstücksrecht Eigentumsübertragung an buchungsfreien Grundstücken 100 21, Kündigungsrecht bei Grundpfandrechten 100 22
Grundwasser Beschränkung der erlaubnisfreien Benutzung 44 39
Grünordnungspläne 46 7
Gruppe 24 7
G über die Enteignung von Grundeigentum 55
G über die kommunale Zusammenarbeit 35
GWB-Ausführungsverordnung 98
Gymnasium 60 44, berufliches 60 92
G zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens 93
Habilitation 61 55
Hafen Eigentum an kommunalen – 44 6, Widmung/Entwidmung 44 97 f.
Haftung bei Unzurechnungsfähigkeit 100 23, Gebührenbeamte 100 23a
Halligschulen 60 46
Halligwarften Errichten und Ändern 44 79
Härteklause 91 4
Hauptpersonalrat Arbeitsgemeinschaft 24 46
Haushaltsaufstellung Vorbereitung 17 27
Haushaltswesen 10 58 ff.
Haushaltswirtschaft 30 75 ff., außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 30 82, Haushaltsplan 30 78, Haushaltssatzung 30 77 ff., mittelfristige Ergebnis-/Finanzplanung 30 83 ff., überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 30 82
Hausrecht Versammlung in geschlossenen Räumen 26 21
Hege 45 13
Hegepflicht 45 3
Hegepläne 45 21
Hilfsbeamte der Polizei 27 10
Hinterbliebenenversorgung Abgeordnete 14 23
Hochschule 24 77, Aufgaben 61 3, Baumaßnahmen 61 9, Beauftragte/r für Diversität 61 27a, Dekan/in 61 30, Erhebung von Beiträgen 61 41, Erhebung von Verwaltungsgebühren 61 41, Fachbereich 61 28, Fachbereichskonvent 61 29, Finanzierung; Haushaltswesen 61 8, Finanzierung von Forschung und Lehre in der klinischen Medizin 61 8a, Freiheiten nach Art. 5 Abs. 3 GG 61 4, Gleichstellungsbeauftragte 61 27, Kanzler/in 61 25, Präsident/in 61 23, Präsidium 61 22, Präsidiumsmitglieder, vorzeitige Beendigung Amtszeit 61 26, Qualitätssicherung 61 5, Rechtsstellung 61 2, Selbstverwaltung 61 6, Senat 61 21, Struktur- und Entwicklungspläne 61 12, Verfassung 61 7, Vizepräsident/in 61 24, Ziel- und Leistungsvereinbarungen 61 11

Hochschule in freier Trägerschaft Akkreditierungsverfahren 61 76a, Aufsicht 61 79, Erlöschen und Aufhebung der Anerkennung 61 78, Gebühren und Auslagen 61 76b, Lehrkräfte 61 77, Niederlassungen externer Hochschulen 61 80, Ordnungswidrigkeiten 61 81, staatliche Anerkennung 61 76
Hochschuleinrichtungen angegliederte 61 35, zentrale 61 34
Hochschulentwicklung 61 10
Hochschulgesetz 61
Hochschulgrade 61 53, ausländische 61 57, inländische 61 56
Hochschulgremien Beschlüsse 61 16, Öffentlichkeit der Sitzungen 61 15, Wahlen 61 17
Hochschuljahr 61 47
Hochschullehrer/innen Aufgaben 61 60
Hochschulmitglieder 61 13, Doktorandinnen und Doktoranden 61 43, Gaststudierende 61 44, Rechte und Pflichten 61 14
Hochschulorganisation Datenverarbeitung 61 45, Organe 61 18, Struktur 61 18
Hochschulrat 61 19
Hochschulzugang 61 39
Hochwasser-Risikomanagement Verfahren beim – 44 88
Hochwasserrisiko- und Überschwemmungsgebiete 44 59 f.
Hochwasserschutz 44 74 ff.
Hochwasserschutzanlagen 44 65 ff.
Hochwasservorsorge 44 74 ff.
Hochwasserwarnung 44 62
Honorar-Professur 61 65
Horstschutz 46 28b
Identitätsfeststellung 20 181, mit genetischen/molekulargenetischen Mitteln 20 183a, Versammlung unter freiem Himmel 26 15
Immatrikulation/Hochschulzugang 61 38 f., Beurlaubung 61 40, Doktorandinnen und Doktoranden 61 43, Gaststudierende 61 44, Rückmeldung 61 40
Immatrikulationshindernisse 61 40
Immissionsschutzgesetz Begriffe 41 2, Geltungsbereich 41 1, Ordnungswidrigkeiten 41 5, ortsrechtliche Vorschriften 41 3, Zweck 41 1
Immunität Abgeordneter 10 31
Indemnität Abgeordneter 10 31
Informationsschutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen 81 11
Informationsveröffentlichung 81 11
Informationszugang Ablehnung des Antrags 81 6, Antragstellung 81 4, Begriffsbestimmung 81 2, Kosten 81 13, Rechtsschutz 81 7, Schutz entgegenstehender öffentlicher Interessen 81 9, Schutz entgegenstehender privater Interessen 81 10, Unterrichtung der Öffentlichkeit 81 12, Verfahren und Frist 81 5
InformationszugangsG Anwendungsbereich 81 1
Initiativrecht Personalrat 24 56
Inklusion 10 7
Inkompatibilität 10 41
Inseln 44 8
Institut für Qualitätsentwicklung 60 134
IT-JustizG 73

IT-Kontrollkommission 73 5
IT-Stellen 73 4

Jahresabschluss 30 91 ff.

Jugend-/Ausbildungsververtretung Befugnisse, Tätigkeit 24 66, Errichtung 24 62, Jugend- und Ausbildungsstufenvertretungen 24 68, Jugendversammlung 24 67, Mitgliederanzahl 24 64, Wahlberechtigung, Wählbarkeit 24 63, Wahlverfahren 24 65

Jugendversammlung Jugend-/Ausbildungsververtretung 24 67

Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren 61 64

JuristenausbildungsG 62

Juristenausbildungsverordnung 63

Juristen-Prüfungsübereinkunft für die zweite Staatsprüfung Ablehnung eines Prüfers 64 20, Aufsichtsarbeiten 64 8, Einsicht in Prüfungsakten 64 24, Leistungsbewertung 64 12, mündliche Prüfung 64 15 f., Notenverbesserung 64 23a, Prüfungsgegenstände 64 7, Prüfungswiederholung 64 23, schriftliche Kurzarbeit 64 10, Täuschungsversuch 64 21, Verfahren bei Widersprüchen 64 25, Zulassung zur Prüfung 64 5

Juristische Ausbildung Bewertung von Prüfungsleistungen 62 3, Regelstudienzeit 62 2, Schwerpunktbereichsstudium 62 6, Universitätsstudium 63 1, Verlauf und Ziel 62 1

Juristische Erste Staatsprüfung Aufsichtsarbeiten 63 11 ff., Einsicht in Prüfungsakten 63 28, Freiversuch 63 22, mündliche Prüfung 63 15, 18, Notenverbesserungsversuch 63 23, Prüfungsgliederung 63 10, Rechtsbehelf 63 29, staatliche Pflichtfachprüfung, Prüfungsfächer 63 3, staatliche Pflichtfachprüfung, Zulassung 63 5 f., Täuschungsversuch 63 25

Juristischer Vorbereitungsdienst Anrechnung 62 13, Arbeitsgemeinschaften 63 35, Ausbildungsgrundsätze 63 31, Ausbildungslehrgänge 63 34, Ausscheiden 62 11, Dauer und Gliederung 63 32, Eintritt 62 8, Ergänzungsvorbereitungsdienst 63 33, Klausurenkurse 63 35, Teilzeit 62 8a, Verlängerung 62 10, Zeugnisse 63 36

Juristische Staatsprüfung Gesamtnoten 65 2, Notenstufen und Punktzahlen 65 1

Justizkostenrecht 70 84 f.

Justizverwaltung 70 8 ff., 28 f.

Kinder und Jugendliche Schutz 10 10

Klassenelternbeirat 60 71

Klassenkonferenz 60 65

Kleinkinderspielflächen 52 8

Klimaschutz an Gebäuden 48 16 ff., biologischer 48 31, -Energiewendebeirat 48 9, im Mobilitätssektor 48 28 ff., in der Landesverwaltung 48 6, in der öffentlichen Verwaltung 48 5, in Gemeinden, Kreisen, Ämtern 48 7

Klimaschutz-Energiewendebeirat 48 9

Klimaschutzziele 48 3 ff., Monitoring 48 8

Klimawandel Anpassung an die Folgen 48 32 ff.

Klinikum Aufgaben 61 83, Aufgaben des Aufsichtsrats 61 85 f., Einrichtungen 61 90, Organe 61 84, Personal 61 91, Rechtsstellung 61 82, Vorstand 61 87 f., Wirtschaftsführung 61 92

KommunalabgabenG 36

Kommunalaufsicht 30 120 ff., 31 19, 32 59 ff., 35 20 ff.

Kommunale Haushaltswirtschaft 10 55

Kommunaler Finanzausgleich 10 57

Kommunale Selbstverwaltung 10 54, Mitwirkung 27 8 f.

Kommunale Verfassungsbeschwerde 72 47 f.

Kommunale Wärmeplanung 48 10, vereinfachtes Verfahren 48 11

Kommunalunternehmen 35 19b ff., Bilanz 30b 23, doppelte Buchführung 30b 28, Finanzplanung 30b 19, Gewinn und Verlust 30b 14, 24, Jahresabschluss 30b 22, Jahresabschluss, Lagebericht 30b 27, Organe 30b 2, Satzung 30b 6, Umwandlung von Regiebetrieben 30b 8, Verhältnis zur Gemeinde 30b 13, Vermögensplan 30b 18, Wirtschaftsplan 30b 16

Kommunikation elektronische 20 52a

Konkrete Normenkontrolle 72 44 ff.

Konzertexamen 61 54b

Körperschaften ohne Gebietshoheit 20 37 ff.

Kostenentscheidung 22 14

Kostengläubiger Verwaltungsgebühren 2 12

Kostenschuld Verwaltungsverfahren 22 11

Kostenschuldner Verwaltungsgebühren 2 13

Kostenverzeichnis 70 90

Krankenpflegepersonal 24 76

Kreiselternbeirat 60 73

Kreisordnung 32

Kreistag Beschlussfähigkeit 32 33, Beschlussfassung 32 34, Einberufung 32 29, Fraktionen 32 27a, Geschäftsordnung 32 29, Hauptausschuss 32 40a, Sitzungsteilnahme durch Ton-Bild-Übertragung 32 29a, Wahlen 32 35, Zusammensetzung und Wahl 32 26

Kreistagsitzung in Fällen höherer Gewalt 32 30a, Öffentlichkeit 32 30, Teilnahme durch Ton-Bild-Übertragung 32 29a

Kultur Schutz und Förderung 10 13

Kulturdenkmäler Schutz 56 8, Unterschutzstellung 56 9, vorübergehende Inbesitznahme 56 20

Künstlerische Hochschule 61 93

Kur- und Tourismusabgaben 36 10

Küstendünen Schutz der – 46 33

Küstengewässer Eigentum an kommunalen Häfen in – 44 6, Einteilung 44 2

Küstenschutz 44 79 ff., Zulassung von Bauten der – 44 63

Küstenschutzbehörden 44 102

Küsten- und Hochwasserschutz 44 57 ff.

Ladeinfrastruktur 48 29

LadenöffnungszeitenG allgemeine Ladenöffnungs- und Ladenschlusszeiten 92 3, Aufsicht über Ausführung des Gesetzes 92 12, Begriffe 92 2, Geltungsbereich 92 1, Ordnungswidrigkeiten 92 14, Verkauf an Sonn- und Feiertagen 92 4 f.

Ladenschlusszeiten Apotheken 92 6, Ausnahmen im öffentlichen Interesse 92 11, Flughäfen 92 8, Flughäfen 92 8, Gemeinden im Grenzgebiet 92 8, Kur- und Erholungsorte 92 9, Marktverkehr 92 10, Personenzugbahnhöfe 92 8, Tankstellen 92 7, Tourismusorte 92 9, Volksbelustigungen 92 10

Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft 46 3

LandesabfallwirtschaftsG 42
Landesbauordnung 52
Landesbeamtenausschuss 23 94 ff.
LandesbeamtenG Geltungsbereich 23 1
Landesbeauftragte/r für Informationszugang 81 14
Landesbehörde, allgemeine untere 33 1, Aufsicht 33 2, Ausstattung, personelle und sachliche Haftung 33 5, Kosten 33 5, Verantwortlichkeit 33 2, Zusammenarbeit 33 4, Zuständigkeit 33 3
LandesbehördenerrichtungsG 33
Landesbodenschutz- und AltlastenG 43
LandesdatenschutzG 80
Landeselternbeirat 60 74
Landesentwicklungsplan 51 8
LandesfischereiG Geltungsbereich 45 1
Landeshaushaltsordnung 17 Buchführung 17 71 f., Einnahmen, Erhebung 17 34, Entlastung 17 114, Fehlbetrag 17 25, Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs 17 10a, Grundstücke 17 64, Haushaltsjahr 17 4, Kassensicherheit 17 77, Kostenrechnung 17 7, Kreditermächtigungen 17 18, Nachtragshaushaltsgesetze 17 33, Planstelle 17 49 f., Rechnungslegung 17 80, Rücklagen 17 62, Sondervermögen 17 113, Überschuss 17 25, Vermögensnachweis 17 73, Verträge, Änderung 17 58
Landeshaushaltsplan Aufstellung 17 11 ff., Aufstellung und Bewirtschaftung 17 7a, Bedeutung 17 2, Feststellung 17 1, Geltungsdauer 17 12, landesunmittelbarer juristischer Personen 17 106, Wirkungen 17 3
Landeshaushaltsplan, Entwurf Aufstellung 17 28, Beschluss über den – 17 29, Ergänzungen zum – 17 32
Landes-ImmissionsschutzG 41
LandesjustizG 70
Landeskriminalamt 27 3
Landesminister Amtsvorschwiegenheit 16 4, Beamte 16 3, Beginn Amtsverhältnis 16 2, Ende Amtsverhältnis 16 6, Geltung anderer Bestimmungen 16 5, Versorgung 16 9 ff., Zusammentreffen von Bezügen 16 14 f.
LandesministerG 16
LandesnaturschutzG 46
Landesplanungsbehörde 51 4
LandesplanungsG 51
Landesplanungsrat 51 20 f.
Landespolizeiamt 27 2
LandespresseG 82
Landesrechnungshof 10 65, Anhörung des – 17 103, Prüfung durch – 17 90 ff., Überwachung durch – 17 89, 111, Unterrichtung des – 17 66, 69, 102
Landesrechtliche Organisationen 46 43 ff.
Landesregierung 10 33 ff., Amtszeit 10 35, Anwesenheitspflicht und Zutrittsrecht 10 27, Ende der Amtszeit, Rücktritt 10 34, Frage- und Auskunftsrecht der Abgeordneten, Aktenvorlage 10 29, Informationspflichten gegenüber Landtag 10 28, Richtlinienkompetenz, Ressortverantwortlichkeit, Geschäftsordnung 10 36, Zusammensetzung, Wahl und Berufung 10 33
LandesschlichtungsG 71
Landesschulbeirat 60 135
Landes-UVG-Gesetz 40

Landesverfassungsgericht Ablehnung einer Richterin oder eines Richters wegen Besorgnis der Befangenheit 72 16, Aussetzung des Verfahrens 72 31, Beendigung der Amtszeit 72 9, Beschlussfähigkeit, Abstimmung 72 11, Beweiserhebung 72 24, einstweilige Anordnungen 72 30, Entscheidung und Verkündung 72 28, Ernennung und Amtseid 72 7, Errichtung 72 1, erste Mitgliederwahl 10 68, Geschäftsstelle, Geschäftsförderung, wissenschaftliche Hilfskräfte 72 12, Kosten und Auslagen 72 33, Präsidentin/Präsident 72 10, Rechtsstellung 72 2, Rechtsstellung der Richterinnen und Richter 72 8, Wahl 72 6, Wählbarkeit 72 5, Zusammensetzung und Stellvertretung 72 4, Zuständigkeit und Organisation 72 1 ff.
LandesverfassungsgerichtsG 72
LandesverwaltungsG 20
LandeswaldG 47
LandeswasserG 44
Landgerichte Sitz und Bezirksgrenzen 70 31
Landkreis Anwendung der Gemeindeordnung 32 19, Beiräte 32 42a f., Einwohner 32 6, Gebiet 32 5 f., 13 ff., Satzungen 32 4, Selbstverwaltung 32 1 f., Wahl 32 12, s. a. *Gemeinde- und Kreiswahl*; Weisungsaufgaben 32 3, Zusammenwirken mit Gemeinde 32 20, Zwangsvollstreckung; Insolvenz 32 70
Landrat 32 31, Wahl 32 43 ff.
Landschaftspläne 46 7
Landschaftsplanung 40 5, 46 5 ff.
Landschaftsprogramm 46 6
Landschaftsrahmenpläne 46 6
Landschaftsschutzgebiete 46 15
Landtag 10 16 ff., Abgeordnete 10 17, Ausschüsse 10 23, Beschlussfassung 10 22, Funktion und Zusammensetzung 10 16, Geschäftsordnung des – 10 20, Notausschuss 10 22, Öffentlichkeit, Berichterstattung 10 21, Verfahren vor dem BVerfG auf Verlangen des – 10 30, Wahlperiode 10 19
Landtagsgebäude Untersuchung und Beschlagnahme im – 10 32
Landtagsmitglied Anzeigepflicht 14 47 ff., geldwerte Zuwendungen 14 50, Interessenverknüpfungen 14 51, Mandatsausübung 14 46, Rückfragepflicht zu Verhaltensregeln 14 52, Sachspenden 14 50, Unabhängigkeit 14 46 ff., Verarbeitung personenbezogener Daten 14 54, Verfahren bei Verstoß gegen Verhaltensregeln 14 53, Verhaltensregeln 14 47 ff.
Landtagspräsident 10 20
Landtagswahl 10 22, Anfechtung 11 57, Bewerber 11 23, Briefwahl 11 22, der Abgeordneten 11 2 f., -ergebnis 11 41, 47 f., -geheimnis 11 36, Organisation der – 11 10 ff., Prüfung 11 43 ff., Statistik 11 54a, -vorschläge 11 24 ff., Wahlkreise/Wahlbezirke 11 16 ff., Wahlleitung 11 10 ff., Wahlrecht 11 5 ff.
LandtagswahlG 11
Landwirtschaftssachen gerichtliche Verfahren 70 50 f.
Lehrbeauftragte 61 66
Lehrer 60 34, Dienstherr 60 35, -konferenz 60 64, Kosten für – 60 36
Lehrkräftebildung 61 18a
Lehrkräfte für besondere Aufgaben 61 67
Lehrverpflichtung 61 70

Lernmittel

1160

Lernmittel 60 13, 127

Liefer- und Dienstleistungsaufträge Vergabe 97 3

LVO Kommunalunternehmen als Anstalt des öffentlichen Rechts 30b

Meeresstrand Gemeingebrauch am – 46 32, Schutz des – 46 33, Sondernutzung 46 34

Meldeaufgabe 20 201

Minderheit nationale 10 6

Minderheitensprachen von Behörden 20 82b

Ministerpräsident Beginn Amtsverhältnis 16 2, Ende Amtsverhältnis 16 6

Misstrauensvotum 10 42

Mitbestimmung Mitbestimmungsverfahren 24 52, Schutz bei – 24 8a, Umfang 24 51

Mitbestimmungsg 24

Mitbestimmungsverfahren 24 52

Mittel, staatliche Auszahlung an Parteien 11 55

Mittelstandsförderung Definition des Mittelstands 94 2, Existenzgründungen und Betriebsübernahme 94 8, Fördergrundsätze 94 5, Fördermaßnahmen 94 7 ff., Mittelstandsbericht 94 16, Schwarzarbeitsbekämpfung 94 13

Mittelstandsförderungs G 94

Mittelzentren 51 28

Mobilitätssektor Klima- und Umweltschutz 48 28 ff.

Motorfahrzeuge Benutzung in Gewässern 44 19

Muschelfischerei 45 40

Muschelkulturen 45 41

Mutterschutz Beamte 23 81

Nachbar Bodenerhöhung 57 25, Einfriedungspflicht, allgemeine 57 28 ff., Einfriedungspflicht landwirtschaftlich genutzter Grundstücke 57 35 f., Fenster- und Lichtrecht 57 22 ff., Grenzabstände 57 37, Grenzabstände für Gebäude 57 42, Grenzwände 57 11 f., Hammerschlags- und Leiterrecht 57 17 ff., Schutz des Grundwassers 57 27, Traufe 57 26, -wände 57 4 ff.

Nachbarrechts G 57

Nachhaltige Mobilität 48 28

Nachlasssachen 70 40 f.

Nachtragshaushaltssatzung 30 80

Nachwahl Landtag 11 32

„Natura 2000“ 46 22 ff.

Naturdenkmäler 46 17

Naturerlebnisräume 46 38

Natürliche Grundlagen des Lebens Schutz 10 11

Naturparke 46 16

Naturschutz 46 1 ff., Datenschutzregelung 46 2, Eigentumsbindung 46 48 ff., finanzielle Förderung 46 56, landesrechtliche Organisationen 46 43 ff., Pflicht zum 46 2

Naturschutzbehörden Befugnisse 46 49, Bewirtschaftungsvorgaben 46 28a

Naturschutzgebiete 46 13

Naturschutzvereinigungen 46 40 ff.

Natur und Landschaft Beobachtung von – 46 3a, Eingriffe 46 8 f., Erholung in – 46 30 ff., Schutz 46 8 ff.

Nebentätigkeit Beamte 23 70 ff.

Neuwahl Landtag 11 35

Nichtständig Beschäftigte 24 75

Normenkontrolle abstrakte 72 39 ff., konkrete 72 44 ff.

Oberirdische Gewässer 44 18 ff.

Oberlandesgericht Sitz und Bezirksgrenzen 70 32

Oberzentren 51 29

Öffentliche Aufträge Verfahrensgrundsätze 95 2, Verfahrensordnungen 95 3

Öffentlicher Dienst 10 38, 61 71

Öffentliche Versammlung Begriff 26 2

Öffentliche Verwaltung Zusammenarbeit zwischen Trägern der – und privaten 96 1

Öffentlichkeitsbeteiligung 20 83a

Öffentlich-Private-Zusammenarbeit-G 96

Ordnungsbehörde -Begriff 20 164, Zusammenarbeit mit Polizei 20 172, Zuständigkeit 20 165 f.

Organstreitigkeiten 72 35 ff.

Örtliche Bekanntmachung/Verkündung 20b 1, amtliches Bekanntmachungsblatt 20b 3, Aushang 20b 5, Bewirkung 20b 7, Internet 20b 4, Satzungsvorschriften 20b 6, Zeitung 20b 2

Parlamentarische Opposition 10 18

Parlamentarischer Einigungsausschuss 10 26

Partei Beschwerde gegen die Nichtanerkennung 72 51 f.

Parteiverbot 11 52

Passivrauchen, G zum Schutz vor den Gefahren des Ordnungswidrigkeiten 93 5, Schutzzweck 93 1, Ziel 93 1

Personalakten Beamte 23 85 ff.

Personalrat 24 1 f., Abordnung 24 38, Arbeitsschutz 24 50, Ausschluss, Auflösung 24 21, Aussetzung von Beschlüssen 24 29, Beiträge 24 35, Beratung, Abstimmung 24 28, Beschlussfassung/Beschlussfähigkeit 24 27, Einberufung/Leitung von Sitzungen 24 25, Erlöschen/Ruhen der Mitgliedschaft 24 22, Ersatzmitglied 24 23, Freistellung 24 36, Gemeinde, Ämter, Kreise, Zweckverbände 24 83, Geschäftsordnung 24 32, Initiativrecht 24 56, Kosten 24 34, Kündigung 24 38, Mitbestimmung 24 51 ff., Mitgliederanzahl 24 13, Neuwahl aus besonderen Gründen 24 20, Nichtöffentlichkeit/Zeitpunkt der Sitzungen 24 26, regelmäßige Amtszeit 24 19, sachliche Amtsführung 24 48, Sachverständige, Stufenvertretung, Gewerkschaft 24 30, Schulen 24 78, Schulungs-/Bildungsveranstaltung 24 37, Schutz der Wahlhandlung 24 16, Sitzungsniederschrift 24 32, Sprechstunde 24 33, Theater, Orchester 24 82, Unfallverhütung 24 50, Unterricht 24 49, Verschlusssache 24 85, Versetzung 24 38, Vertretung der Gruppen 24 14, Vorstand 24 24, Wahl 24 10, Wahlanfechtung 24 18, Wählbarkeit 24 12, Wahlkosten 24 17, Wahlrecht 24 11, Wahlverfahren 24 15, Zusammenarbeit zwischen Dienststelle und Personalrat 24 47

Personalversammlung 24 39 ff., Aufgaben 24 42, Einberufung 24 40, Tätigkeitsbericht 24 40, Zeitpunkt 24 41

Personalvertretungen 27 7

Personenbahnhöfe Ladenschlusszeiten 92 8

Personenbezogene Daten 20 177 ff., allgemeine Grundsätze 80 20 ff., Grundsätze der Verarbeitung 80

- 3 ff., Kennzeichnung **20** 188b, Verarbeitung **20** 188 ff.
- Petitionsausschuss** Landtag **10** 25
- Pflegebedürftige Menschen** Schutz und Förderung **10** 8
- Photovoltaikanlagen** Installationsvorgaben auf Parkplätzen **48** 25, Installationsvorgaben bei Gebäuden **48** 26, Pflichten zur Errichtung **48** 25 ff.
- Planfeststellung** für Häfen **44** 94 ff., Rechtswirkungen **20** 142
- Planfeststellungsbeschluss** **20** 141
- Planfeststellungsverfahren** **20** 139 ff., **44** 84a
- Plangenehmigung** **20** 141
- Planungsräume** **51** 3
- Platzverweisung** **20** 201
- Polizei** Anhalte- und Sichtkontrollen **20** 180, Begriff **20** 164, Zusammenarbeit mit Ordnungsbehörde **20** 172, Zuständigkeit **20** 168 f.
- Polizeibehörden** **27** 1, Kosten **27** 11, Zusammenwirken **27** 6
- Polizeibeiräte** Aufgaben **27** 9, der Kreise und Städte **27** 8
- Polizeidirektionen** **27** 4, Aus- und Fortbildung **27** 5, für die Bereitschaftspolizei **27** 5
- PolizeiorganisationsG** **27**
- Presse** Datenverarbeitung **82** 10, Gegendarstellung **82** 11, Informationsrecht **82** 4, öffentliche Aufgabe **82** 3, Sorgfaltspflicht **82** 5, Strafbarkeit **82** 14 f., verantwortlicher Redakteur **82** 8, Verbreitungsverbot von Druckwerken **82** 13
- Privatdozentinnen und Privatdozenten** **61** 65
- Private** Zulässigkeit der Zusammenarbeit mit – **96** 2
- Professorinnen und Professoren** Berufung **61** 62, dienstrechtliche Stellung **61** 63, Einstellungs Voraussetzungen **61** 61
- Promotion** **61** 54
- Promotionskolleg** Schleswig-Holstein **61** 54a
- Prozessvertretung** **72** 19
- Prüfungsordnung** Studium **61** 52
- Psychiatrie**, gemeindenähe Arbeitskreis **25** 3
- Psychisch-Hilfbedürftige-Gesetz** **25** Einschränkung von Grundrechten **25** 42, Hilfen **25** 4 ff., Rechtsstellung Betroffener **25** 12
- Rauchverbot** **93** 2, Verantwortlichkeit für Umsetzung **93** 4
- Raumbeobachtung** **51** 23
- Raumordnerische Zusammenarbeit** **51** 10
- Raumordnungsbericht** **51** 22
- Raumordnungsinformationssystem** **51** 23
- Raumordnungspläne** **51** 5 ff.
- Raumverträglichkeitsprüfung** **51** 10 ff.
- Rechnungsprüfungsamt** **30** 115 ff.
- Rechtliches Gehör** Untersuchungsausschuss **13** 25
- Rechtsprechung** **10** 50 f.
- Rechtsverkehr**, elektronischer **72** 20a
- Referendarrat** **24** 69 ff., Errichtung **24** 69, Geschäftsführung, Rechtsstellung **24** 73, Mitgliederanzahl **24** 71, Referendarversammlung **24** 74, Wahlrecht, Wahlbarkeit **24** 70, Wahlverfahren **24** 72
- Referendarversammlung** Referendarrat **24** 74
- Regelstudienzeit** **61** 50
- Regenrückhaltebecken** **44** 52
- Regionalpläne** **51** 9
- Regionalsprachen von Behörden** **20** 82b
- Reisekosten** Beamte **23** 84
- Religionsunterricht** **60** 7
- Richter**, ehrenamtliche Berufung **70** 49, 55
- Ruhestand von Beamten** auf Antrag **23** 31, Beginn **23** 45, Dienstvergehen **23** 50, Erreichen der Altersgrenze **23** 35, Zuständigkeiten **23** 45
- Sachverständige** **72** 27
- Satzung** Form **20** 66, gemeindliche **30** 4, Inhalt **20** 67, nach Kreisordnung **32** 4
- Schätzung der Auftragswerte** Vergabe **97** 2
- Schmerzensgeldansprüche** Beamte **23** 83a
- Schonbezirke** **45** 35
- Schriftgutaufbewahrung** Justiz **70** 26 f.
- Schulaufsicht** **60** 96, Behördenorganisation **60** 129 ff., Umfang **60** 125
- Schulbesuch** **60** 26
- Schuldverschreibungen** auf den Inhaber **100** 13
- Schule** Angebot vorhandener – **60** 24, Arten **60** 9, Auflösung **60** 59, Begriff **60** 2, Bekenntnis, Weltanschauung **60** 7, Bezeichnung; Name **60** 10, Datenverarbeitung **60** 30 f., Errichtung **60** 58, Ersatzschule **60**, s. dort; Fachkonferenz **60** 66, Hauptpersonalrat **24** 80, Konflikte zwischen Schülern **60** 25, medizinische Untersuchung **60** 27, Mindestgröße **60** 52, organisatorische Verbindung **60** 60, Personalrat **24** 78, politische Betätigung **60** 29, Selbstverwaltung **60** 3, Stufen **60** 8, Stufenvertretung **24** 79, Warenverkauf an – **60** 29, Werbung an – **60** 29, wissenschaftliche Forschung **60** 32
- Schulleiternbeirat** **60** 7, 72
- Schülerbeförderung** **60** 114
- Schülergruppen** **60** 87
- Schülervertretung** Amtszeit **60** 84, Aufgaben **60** 79, in der Schule **60** 81, Kreisschülervertretung **60** 82, Landesschülervertretung **60** 83, Tätigkeit **60** 80, Unterstützung durch Verbindungslehrer **60** 85, Verfahren **60** 84
- Schülerzeitung** **60** 86
- SchulG** **60**
- Schulgeld** **60** 12
- Schulgestaltung** **60** 126
- Schuljahr** **60** 14
- Schulkonferenz** **60** 62, 97, Aufgaben und Verfahren **60** 63
- Schulkostenbeitrag** **60** 111 ff.
- Schulleiter** **60** 33, Beteiligte an Postenbesetzung **60** 37, Stellenausschreibung **60** 39, -wahlausschuss **60** 38
- Schulpflicht** Beginn **60** 22, Berufsschulpflicht **60** 23, Durchsetzung **60** 28, Erfüllung **60** 21, Umfang **60** 20
- Schulpsychologischer Dienst** Aufgaben **60** 132, Träger **60** 133
- Schulträger** **60** 53, Förderzentren **60** 54, in Sonderfällen **60** 55, Land **60** 1, Schulverband **60** 56, Selbstverwaltungsaufgaben **60** 47, Umfang der Aufgaben **60** 48, Unterstützung **60** 50, Verwaltung des Schulvermögens **60** 49
- Schulunterricht** Formen **60** 5

- Schulverhältnis** Beaufsichtigung **60** 17, Beginn und Inhalt **60** 11, Beurlaubung **60** 15, Dauer **60** 18, Ende **60** 19, Lernmittel **60** 13, Schulgeld **60** 12, Weisung **60** 17
- Schulversuch** **60** 138
- Schulwesen** **10** 12
- Schulzeugnis** **60** 16, Anerkennung von – **60** 140
- Schusswaffengebrauch** **20** 257 ff.
- Schutzaustrittsungsverbot** Versammlung unter freiem Himmel **26** 17
- Schweigepflicht** **24** 9
- Schwerbehindertenvertretung** **24** 86
- Seeverkehrsleistungen** Konzessionierung **44** 98 ff.
- Senat** Hochschule **61** 21, Hochschule, erweiterter – **61** 20
- Seniorprofessur** **61** 65
- Sicherheits- und ordnungsrechtliche Befugnisse** **70** 13 ff.
- Sicherstellung** **20** 210 f.
- Sitzung** des Gemeinderats **30** 35
- Skipisten** **46** 39
- Sonderbauten**
- Sonderfinanzbuchhaltung** **30** 99
- Sondernutzung** durch stationsbasiertes Carsharing **54** 22, Straßen **54** 21, 26
- Sonn- und FeiertagsG** **90**
- Sozialgerichtsbarkeit** **70** 58 f.
- Sozialgerichtsgesetz** **70** 60 ff.
- Sozialpsychiatrischer Dienst** **25** 2
- Sportboothäfen** **44** 96 f., Einziehung **44** 97b, Hinweispflicht auf Gefahr von Sturmfluten **44** 82a
- Sprengmittelgebrauch** Vorschriften **20** 256a
- Staatsanwaltschaften** **70** 72 f.
- Staatshaftung** **100** 23 f.
- Staatsverträge** **10** 37
- Stadttrandkerne** **51** 24, 30
- Stadttrat** **30** 66 f.
- Standard-IT** **73** 6
- Starkregenkarten** **44** 77
- Stauanlagen** **44** 24
- Stellplätze** **52** 49
- Stiftung** Anerkennung **101** 2, Aufhebung **101** 4, Auflösung **101** 3, Aufsicht, Aufsichtsmaßnahmen **101** 9 ff., Bekanntmachungen **101** 13, bestehende, Rechtsstellung **101** 19, Familien- **101** 17, kirchliche **101** 16, kommunale **101** 15, Satzungsänderung **101** 3 f., -sverzeichnis **101** 14, Vermögensanfall **101** 5, Verwaltung **101** 6 ff., Zulegung **101** 3 f., Zusammenlegung **101** 3 f., Zuständigkeiten **101** 18 f.
- Stiftungen des öffentlichen Rechts** **20** 46 ff., Aufsicht über – **20** 50 ff.
- StiftungsG** Geltungsbereich **101** 1
- Stimmabgabe** Gemeinde- und Kreiswahl **34** 32
- Störungsverbot** Versammlung **26** 7
- Strandwälle** Schutz der – **46** 33
- Straßen** Anbauten **54** 29 ff., Bepflanzungen an **54** 18a, Gemeingebrauch **54** 20, -namen **54** 47, Nutzung nach bürgerlichem Recht **54** 28, -reinigung **54** 45, 54, Sondernutzung **54** 21, 26, Umleitungen **54** 38, Verwaltung **54** 53 ff., Vorarbeiten und Schlussvermessung für Planung und Baudurchführung **54** 39a
- Straßenaufsicht** **54** 48, über andere Träger der Straßenbaulast **54** 50, über Kreise und Gemeinden **54** 49
- Straßenbaulast** **54** 10, Träger für Gemeindestraßen **54** 13, Träger für Landes- und Kreisstraßen **54** 11, Träger für Ortsdurchfahrten **54** 12, Träger für sonstige Straßen **54** 15
- Straßenbauplanung** Anfechtungsklage gegen Planfeststellungsbeschluss oder Plangenehmigung **54** 40g, Enteignung, Entschädigung **54** 44, Planfeststellung **54** 40 ff., Veränderungssperre **54** 42
- Straßenkreuzungen** **54** 34, Bau und Änderung **54** 35, mit Gewässern **54** 35a, Sicherung **54** 37, Unterhaltung **54** 36
- Straßen- und WegeG** **54**
- Straßenverkehrsrecht-Zuständigkeitsverordnung** **58**
- Streitschlichtung** Gütestellen **71** 3, Gütestellen, anwaltliche **71** 6, Schiedsamt **71** 5
- Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte** **61** 69
- Studienberatung** Beratung **61** 48
- Studiengänge** **61** 49
- Studienkolleg** an der Fachhochschule Kiel **61** 96
- Studierendenschaft** **61** 72 ff.
- Studium** **61** 46 ff., Anrechnung von Prüfungen **61** 51, Entlassung nach Beendigung **61** 42, Hochschulgrade **61** 53, Hochschuljahr **61** 47
- Stufenvertretung** **24** 44
- Sturmflutwarnung** **44** 62
- Tankstellen** Ladenschlusszeiten **92** 7
- Tarifverträge** repräsentative **95** 4
- Technische Gebäudeausrüstung** bauliche Anlage **52** 39 ff.
- Telekommunikation** Überwachung **20** 185a, Unterbrechung **20** 185b
- Tenure-Track-Professur** **61** 62a
- Tiere** gefährliche **46** 29
- Tiergehege** **46** 28
- Tierschutz** **45** 39
- Ton- und Fernseh-Rundfunkaufnahmen** Zulässigkeit **72** 14
- Träger der öffentlichen Verwaltung** Zusammenarbeit mit Privaten **96** 1
- Überbrückungsgeld** Abgeordnete **14** 22
- Übereinkunft d. Länder über Prüfungsamt** **64**
- Übergangsgeld** Abgeordnete **14** 16
- Übergangspersonalräte** **24** 94a
- Überschwemmungsgebiete** **44** 74 ff.
- Übersetzerinnen und Übersetzer** **70** 74 ff.
- Uferbetretungsrecht** **45** 15
- Uferlinie** **44** 10
- Umweltinformationen** Unterstützung des Zugangs **81** 8
- Umweltschutz** im Mobilitätssektor **48** 28 ff.
- Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)** **40** 1 ff., Behördenbeteiligung **40** 6, Pflicht **40** 3
- Umzugskosten** Beamte **23** 84
- Uniformverbot** Versammlung **26** 8
- Universitätsmedizinversammlung** Aufgaben **61** 86a ff.